16. April, 90. Geburtstag Ernst Thälmanns

Stimme und Faust der Nation Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 16 vom 17. April 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

In Peking, Schanghai und anderen Städten

Millionen demonstrieren für die Festigung der Diktatur des Proletariats

„Lang lebe Vorsitzender Mao", „Empört verurteilen wir die Verbrechen einer Handvoll Konterrevolutionäre!" Unter diesen Parolen haben in der Volksrepublik China in den letzten Tagen Millionen Werktätige für die Absetzung Teng Hsiao-pings, der sich als den kapitalistischen Weg gehender Machthaber entlarvt hat, demonstriert. Sie haben damit ihre Entschlossenheit gezeigt, daß sie den Sozialismus wollen und den kapitalistischen Weg ablehnen und bekämpfen.

Dabei geht es nicht, wie die imperialistische Presse vielfach demagogisch hetzt, um den „Kampf einiger Funktionäre in der Parteihierarchie", sondern es geht darum, den Klassenkampf, den Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat fortzuführen, um alle Versuche der Restauration des Kapitalismus zunichte zu machen und die Herrschaft der Arbeiterklasse weiter zu festigen und zu stärken.

Bereits Lenin hat stets darauf hingewiesen, daß Sozialismus keineswegs das Ende des Kampfes bedeutet, sondern daß auch im Sozialismus noch Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf existieren: „Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration." Dabei gibt es stets auch Elemente, die sich in Partei und Staat einschleichen, um Positionen zu erringen und „Versuche der Restauration" durchzusetzen. Eben diesen Elementen gilt die gegenwärtige Kampagne der chinesischen Volksmassen, die unter der direkten Initiative und Leitung des Genossen Mao Tsetung steht.

Im folgenden geben wir einen Artikel aus der Peking Rundschau Nr. 12 dieses Jahres wieder, der unter dem Titel „Entfaltung des Kampfes gegen die revisionistische Linie in China" auf die Bedeutung und die Entwicklung des gegenwärtigen Kampfes eingeht:

Das chinesische Volk entfaltet einen von seinem großen Führer, dem Vorsitzenden Mao persönlich initiierten und geleiteten Kampf zur Abwehr des von den Rechtsabweichlern aufgerührten Windes, der bereits gefällte Urteile umstoßen soll. Das ist ein Linienkampf gegen die Versuche der an der revisionistischen Linie festhaltenden, den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber innerhalb der Partei, unseren Staat vom sozialistischen Weg abzudrängen und in China den Kapitalismus zu restaurieren.

Der Kampf der zwei Linien kommt in der Haltung zur Großen Proletarischen Kulturrevolution und zu den revolutionären neuen Dingen, die in ihrem Verlauf hervorgetreten sind, in aller Schärfe zum Ausdruck. Die breiten Massen des chinesischen Volkes sind der Auffassung, daß die Große Proletarische Kulturrevolution ausgezeichnet ist, weil sie das sozialistische Neue China weiter konsolidiert und unsere sozialistische Gesellschaft energisch vorangebracht hat. Enthusiastisch begrüßen und unterstützen die Massen das in dieser Revolution entstandene sozialistische Neue. Aber jene an der revisionistischen Linie festhaltenden, den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber innerhalb der Partei entfachten im Juli, August und September 1975 einen kalten Wind, indem sie vielerlei Unsinn verbreiteten, im Versuch, die große Kulturrevolution selbst und die in ihr entstandenen neuen Dinge zu verneinen. Sie machten aus weiß schwarz und verunglimpften die innenpolitische Lage mit den Worten „Das Heute ist schlechter als die Vergangenheit". Verleumderisch behaupteten sie von der Erziehungsrevolution, daß diese „keine fachliche Ausbildung zuläßt" und „kein Bildungswesen will", attackierten das korrekte Prinzip, **„Das Bildungswesen muß der Politik des Proletariats dienen, muß mit der produktiven Arbeit verbunden werden"**, und taten, was sie konnten, um solch neue Dinge wie den Schulbetrieb bei offener Tür und das Studium von Arbeitern, Bauern und Soldaten an den Hochschulen herunterzumachen. Jeder weiß, daß die große Kulturrevolution mit dem Kampf gegen die revisionistische Linie Liu Schao-tschis in Kultur und Bildungswesen begonnen hat. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg starteten nun ihre Angriffe auch in den Bereichen von Wissenschaft und Technik, von Literatur



Unter der direkten Führung des Genossen Mao Tsetung entfalten die chinesischen Volksmassen eine breite Kampagne zur Kritik an der Handvoll Konterrevolutionäre um Teng Hsiao Ping.

Fortsetzung auf Seite 10, Sp. 3

Unerhörter Affront der Bundesregierung

Vertreter Kambodschas durfte nicht einreisen

Am 9. April verweigerte die Bundesregierung dem Vertreter der Diplomatischen Mission des Demokratischen Kambodscha in Paris, Herrn Chau Teary, das Einreisevisum in die Bundesrepublik. Herr Chau Teary wollte am 10. April an der Festveranstaltung der KPD/ML zum ersten Jahrestag der Befreiung Kambodschas teilnehmen.

(Forts.auf S.12, Sp. 3)

14. Strafrechtsänderungsgesetz ab 1. Mai gültig

Eine Provokation gegen den Roten 1. Mai

Am 1. Mai 1976 wird das 14. Strafrechtsänderungsgesetz in Kraft treten. Ein Gesetz, das es verbietet, auf Versammlungen und in Flugblättern zu revolutionären Kämpfen in den Betrieben und auf der Straße aufzurufen; ein Gesetz, das es verbietet, den bewaffneten Befreiungskampf der Völker zu begrüßen und zu unterstützen; ein Gesetz, das die Verbreitung jedes revolutionären Gedankens unter Strafe stellt; ein Gesetz, das sich gegen die Verbreitung des Marxismus-Leninismus, gegen die Propagierung des gewaltsamen Sturzes des kapitalistischen Staates richtet. — Mit einem Wort: ein Gesetz, das sich direkt gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und den Roten 1. Mai richtet.

In der gleichen Sitzung, in der der Bundesrat am 9.4.76 dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz zustimmte, stimmte er auch dem Mitbestimmungsgesetz zu. Was kann klarer zeigen, wohin der Hase läuft? Nach dem Vorbild des Hitlerfaschismus soll eine Art Volksgemeinschaftsideologie der allgemeine Staatsglaube werden. Die Ideologie der Arbeiterklasse dagegen, der Kommunismus, soll ausgeschaltet werden. Beide Gesetze, das Mitbestimmungsgesetz und das 14. Strafrechtsänderungsgesetz (Gesetz gegen die „Befürwortung der Gewalt"), sind Maßnahmen, mit denen die Bourgeoisie die Faschisierung vorantreibt.

Natürlich weiß auch die Bourgeoisie, daß ihr die Arbeiterklasse und das werktätige Volk den alten Hut von „wir sitzen alle in einem Boot" nicht so ohne weiteres abnimmt. Das Mitbestimmungsgesetz kann die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufheben. Ein Blick auf das Arbeitslosenheer an diesem 1. Mai, ein Blick auf die verschärfte Arbeitshetze in den Betrieben, auf die letzten Lohnraubabschlüsse usw. genügt, um klar zu sehen, daß sich in Wirklichkeit die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse weiter verschärfen. Das Mitbestimmungsgesetz kann diese Widersprüche nur verschleiern. Es kann seinen Zweck, die Arbeiterklasse ideologisch zu betäuben und in die Irre zu leiten, überhaupt nur erfüllen, wenn die Agenturen der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, der DGB-Apparat und vor allem die D„K"P, dieses Gesetz „mit Leben erfüllen". Es ist deshalb auch eine Schützenhilfe für diese Feinde der Arbeiterklasse, die man nicht überschätzen darf.

Nicht umsonst fand gerade der letzte Parteitag der D„K"P in der Presse ein relativ großes Echo. Nicht umsonst kann man gegenwärtig eine Offensive der D„K"P beobachten, über Rummel, Feten, Volksfeste usw. sich bei breiten Teilen der Massen bekannt und beliebt zu machen, um so ihre revisionistische Politik leichter an den Mann bringen zu können. Ganz offensichtlich bereitet sich die Bourgeoisie mit dieser verstärkten Propagierung von Mitbestimmung, von einem „friedlichen Weg zum Sozialismus" auf heftigere Klassenkämpfe vor. Sie versucht, die Massen mit pseudoradikalen Ideen ideologisch und politisch an den Kapitalismus zu ketten, bevor in einer Situation von noch größerer

Fortsetzung auf Seite 2, Sp. 1

Öffentlicher Dienst

Demonstrationen gegen 5%-Angebot

5% bzw. mindestens 85 Mark mehr — das ist das Ergebnis der Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst, das uns kurz vor Redaktionsschluß erreichte. Bereits gegen das Schlichtungsangebot von rund 5% hatte es eine breite Empörung und Unruhe unter den Kollegen im Öffentlichen Dienst gegeben. Es kam zu verschiedenen Protestaktionen.

Der ÖTV-Apparat, der sich an den verschiedenen Protestaktionen beteiligt und selbst einige inszeniert hat, verfolgte damit nicht die Absicht, die Kollegen zum Kampf für wirkliche Lohnerhöhungen zusammenzuschließen. Seine Absicht war es, wie von vornherein vereinbart, einen Lohnraubabschluß durchzusetzen, gleichzeitig die Kampfbereitschaft der Kollegen im

Fortsetzung auf Seite 4, Sp. 3

AUS DEM INHALT

Wahlen in Baden-Württemberg 2
Strafvollzug in der DDR 3
Grußadresse der KP Polens zur Gründung der Sektion DDR 3
Rote Betriebsräte / Arbeitsgerichtsprozesse 5
Kolumbien: Das Volk läßt sich die Hände nicht fesseln 11
Brasilien: Ein Jahr des Widerstandes und des Kampfes 11
Kämpfe in Irland 11

Es lebe die föderative Volksrepublik

Anfang April erlebte Spanien die größten Demonstrationen in Madrid und Barcelona seit dem Tode Francos. Tausende Werktätige demonstrierten trotz Verbot gegen das faschistische Regime, für politische Freiheiten und Amnestie der politischen Gefangenen. Brutal griff die Polizei ein. Über 200 Menschen wurden festgenommen, ein Teil von ihnen sitzt heute noch in Haft. 29 politische Gefangene, Kämpfer der FRAP und der ETA, sind aus dem Gefängnis in Segovia bei Madrid geflüchtet. Die Polizei hat eine landesweite faschistische Hetzjagd veranstaltet und dabei einen geflohenen Revolutionär ermordet und den größten Teil der anderen wieder eingefangen. Aus verschiedenen anderen Teilen des Landes werden weitere Kämpfe über Übergriffe der Polizei gemeldet.

Diese Ereignisse zeigen, daß das ganze Gerede von Demokratisierung in Spanien ein Betrugsmanöver ist. Das Carlos-Regime ist die Fortführung des Franco-Faschismus.

Das faschistische Regime in Spanien, das unter der Oberherrschaft des US-Imperialismus steht, befindet sich in einer tiefen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise und ist von revolutionären Massenkämpfen erschüttert. Und je mehr Schläge es einstecken muß, um so mehr bemühen sich die modernen Revisionisten mit Carillo an der Spitze, die Herrschaft des Faschismus zu verteidigen, indem sie ihre verräterische Tätigkeit gegen die revolutionären Kämpfe der werktätigen Massen intensivieren.

Vor kurzem haben sich auf Betreiben der modernen Revisionisten die „Demokratische Junta", bestehend aus Carillos Revisionistenpartei, der „Volkssozialistischen Partei" (PSP) und den ,,Comisiones Obreras" und die ,,Convergenzia", bestehend aus den sogenannten Sozialisten, den ,,demokratischen Linken", der baskischen Nationalpartei und den Karlisten zu einer sogenannten Volksfront zusammengeschlossen.

In einem 4-Punkte-Programm „zur friedlichen Lösung der politischen Frage Spaniens" hatten die spanischen modernen Revisionisten den „breiten Dialog" und enge Zusammenarbeit mit verschiedenen bürgerlichen Parteien vorgeschlagen und die Bildung einer provisorischen Regierung verlangt, an der neben Vertretern der Regierungspartei auch die Reformisten und die Vertreter der Streitkräfte und der Kirche teilnehmen sollen. Mit diesen reaktionären Kräften haben die modernen Revisionisten jetzt einen sogenannten demokratischen Pakt geschlossen, der sich angeblich für eine demokratische Umgestaltung und die Garantie der Rechte aller einsetzen wird. Aber kann man eine „demokratische Umgestaltung" erreichen, wenn man sich mit brutalen Faschisten zusammenschließt, an deren Händen das Blut Tausender spanischer Kämpfer klebt, die die Terrorherrschaft über die Völker Spaniens errichtet haben? Kann es überhaupt eine friedliche Lösung der politischen Frage Spaniens geben? Die Erfahrungen und die täglichen Kämpfe und Ereignisse geben eine klare Antwort darauf. **Niemals kann der Faschismus friedlich beseitigt werden!**

In diesen Tagen, am 14. April, jährt sich zum 45. Male die Proklamation der Gründung der zweiten spanischen Republik, die durch einen jahrelangen bewaffneten Kampf, durch den Sturz der damaligen Militärdiktatur erkämpft worden war. Nur mit der Unterstützung Hitlers und Mussolinis gelang es Franco 1936, die 2. Republik zu stürzen und den Faschismus zu errichten, der heute unter der Oberherrschaft des US-Imperialismus weitergeführt wird. Die spanische Arbeiterklasse hat aus diesen Erfahrungen gelernt. **Diese Erfahrungen lehren, daß es zu keiner gesellschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse kommen kann, ohne sich den Kräften der Reaktion mit der bewaffneten Kraft der Revolution entgegenzustellen, ohne die bürgerliche Staatsmaschinerie restlos zu zerschlagen und ohne die Diktatur des Proletariats unter Führung der marxistisch-leninistischen proletarischen Partei zu errichten.**

Der nächste Schritt auf diesem Weg in Spanien ist der Sturz des Faschismus und die Errichtung der Föderativen Volksrepublik Spanien. Von diesem Weg will die Carillo-Clique die Völker Spaniens ablenken. Die modernen Revisionisten sind Feinde der Revolution, sie sind Agenten und Lakaien der Bourgeoisie, die als Kommunisten getarnt, unter den Massen Sabotage, Spaltung und Desorientierung betreiben. Mit der Bildung des sogenannten „Demokratischen Paktes" und ihrem 4-Punkte-Programm, wollen sie gerade die werktätigen Massen vom Kampf gegen den Faschismus abbringen und ihnen einen Kuhhandel mit den Faschisten vorschlagen, der die Terrorherrschaft, die Ausbeutung Spaniens durch die Imperialisten, vor allem durch den US-Imperialismus,aber auch durch den westdeutschen Imperialismus aufrechterhalten soll.

Der Kampf der spanischen Arbeiterklasse ist nicht aufzuhalten. Die spanische Arbeiterklasse zeigt, daß sie bereit ist zu kämpfen und sie wird unter Führung der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und der Revolutionären Antifaschistischen und Patriotischen Front (FRAP) den verhaßten Faschismus endgültig stürzen und die Föderative Volksrepublik Spanien als ihr nächstes Ziel errichten.

14. Strafrechtsänderungsgesetz

Fortsetzung von Seite 1

Arbeitslosigkeit, von breitem Massenelend, breite Teile der Arbeiterklasse und anderer Schichten des Volkes aktiv nach einem Ausweg aus dem Kapitalismus suchen.

Aber das ist nur die eine Seite. Keine Ausbeuterklasse kann hauptsächlich mit Demagogie, Lüge und Betrug ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse aufrechterhalten. Auch das sozialfaschistische Regime in der DDR, das sich sogar sozialistisch nennt, kann nur mit faschistischem Terror, mit brutaler Gewalt, die Werktätigen unterdrücken. So ergreift auch die westdeutsche Bourgeoisie eine Maßnahme nach der anderen, um ihren staatlichen Gewaltapparat gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen auszubauen. Ihre Verfolgung und ihre neuen Gesetze, vor allem das 14. Strafrechtsänderungsgesetz, konzentrieren sich vor allem auf die Ausschaltung des Kommunismus, der Partei und revolutionärer Organisationen.

Schon heute hagelt es Geldstrafen gegen Verteiler und presserechtlich Verantwortliche von kommunistischen und revolutionären Flugblättern. Von Mitte Mai 1974 bis Mitte Mai 1975 erging praktisch gegen jede zweite Ausgabe des ROTEN MORGEN eine Anklage. Seit einiger Zeit sind Gefängnisstrafen nicht nur wegen der Teilnahme an revolutionären Demonstrationen, sondern auch wegen kommunistischer Pressetätigkeit an der Tagesordnung.

Es hat seinen guten Grund, daß die Bourgeoisie die kommunistische Agitation und Propaganda so sehr fürchtet, obwohl sie — gemessen an ihren eigenen Propagandamöglichkeiten — einen sehr beschränkten Umfang hat. Denn der Kommunismus ist die einzige Ideologie, die die Widersprüche des Kapitalismus nicht verkleistert, sondern erklärt. Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die die Arbeiterklasse lehrt, die richtigen Schlußfolgerungen aus ihren täglichen Erfahrungen mit dem Kapitalismus zu ziehen. Sie ist die einzige Partei, die die Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution tatsächlich zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen führt.

Die Vertreter der Bourgeoisie behaupten immer wieder, die Werktätigen wollten mit dieser Politik, mit der Politik der KPD/ML, nichts zu tun haben. Sie nennen uns ,,Chaoten", ,,Gewaltprediger", ,,Revoluzzer" und behaupten, das sei die Ansicht der Mehrheit des Volkes. Wenn das aber so wäre, dann bräuchte die Bourgeoisie die kommunistische Agitation und Propaganda ja wohl nicht zu verbieten.

In den letzten Jahren hat die Zahl der Teilnehmer am Roten 1. Mai Jahr um Jahr zugenommen. Die Partei und die revolutionären Arbeiter und Jugendlichen haben sich auch nicht schrecken lassen, als Weyer 1973 den Roten 1. Mai verbot. Er fand dennoch statt. Die Arbeiterklasse läßt sich den Roten 1. Mai nicht rauben, und sie läßt sich den revolutionären Klassenkampf nicht verbieten. Daß die Bourgeoisie das 14. Strafrechtsänderungsgesetz ausgerechnet am Roten 1. Mai in Kraft treten läßt, ist eine Provokation. Aber dadurch wird mit Sicherheit noch mehr Menschen klar werden, daß sich dieses Gesetz nicht gegen vereinzelte ,,Terroristen" richtet, sondern gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Dadurch wird einer Reihe von Menschen klarer werden, daß ihr Platz am 1. Mai nicht beim Regierungsmai und seinem Klassenversöhnungsgeschwätz ist, sondern in den Reihen der Roten 1. Mai-Demonstrationen mit ihren revolutionären Losungen.

Nieder mit dem Mitbestimmungsgesetz! Nieder mit dem 14. Strafrechtsänderungsgesetz! Heraus zum Roten 1. Mai!

Die einzige Alternative ist der Klassenkampf

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg spiegeln die derzeitige Entwicklung wieder — Stimmenzuwachs bei der CDU/CSU, Abnahme bei der SPD. Während die CDU vor einer angeblichen linken Gefahr in Richtung Volksfront von seiten der Regierungskoalition warnt, sich als Retter der Demokratie aufspielt und gar behauptet, sie könne das Land aus der Krise führen, versuchen SPD und FDP ihr angeschlagenes Image als Kräfte der „sozialen" Reformen und des „Ausgleichs" zu retten.

Die D„K"P malt in verstärktem Maße das Schreckgespenst der Machtübernahme eines „ Rechtskartells" aus CDU/CSU und anderen Reaktionären an die Wand, als Gefahr für die „Kräfte des Fortschritts" und den angeblichen Weg der D„K"P zum Sozialismus. Aber alle diese Parteiprogramme sind Tarnung. Sie sollen den Wählermassen das vielfältige Bild von einer „demokratischen" Gesellschaft vortäuschen. Wenn auch dieses Bild langsam abbröckelt, das Vertrauen der Massen in den bürgerlichen Staat, Parlament und Parteien angeschlagen ist, so ist doch die vorherrschende Meinung heute noch, daß man mit dem Stimmzettel einen gewissen Einfluß ausüben oder wenigstens das kleinere Übel wählen könne.

Die Partei hatte in Baden-Württemberg zum Wahlboykott aufgerufen. In Flugblättern, Plakaten und Veranstaltungen haben wir den Menschen erklärt, daß Wahlen die Lebensbedingungen der Werktätigen im Kapitalismus nicht ändern können. Wir haben dem bürgerlichen Wahlschwindel das Programm unserer Partei, den einzigen Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung, die sozialistische Revolution zur Errichtung eines vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschlands, entgegengestellt. Eine andere Alternative gibt es nicht. Und was die Frage des kleineren Übels angeht, so beweisen die Tatsachen, daß eine der bisherigen Regierungsparteien der anderen nicht nachsteht in ihrer Aufgabe, mittels des imperialistischen Staatsapparates die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen für die Kapitalistenklasse sicherzustellen:

- Hat denn z. B. das neue Mitbestimmungsgesetz irgendeinen Vorzug gegenüber der Montanmitbestimmung der damaligen CDU-Regierung? Beide Gesetze sollen die Arbeiterklasse zwingen, bei der eigenen Ausbeutung mitzubestimmen, wobei das neue Gesetz noch reaktionärer ist.
- Ist etwa das neue 14. Strafrechtsänderungsgesetz, wonach bereits jede Sympathieäußerung oder Solidarität mit klassenkämpferischen Aktionen der Werktätigen und der Revolutionäre mit Gefängnis bestraft werden kann, ein kleineres Übel? Nein, es ist in eine Reihe zu stellen mit den faschistischen „Blitzgesetzen" zum KPD-Verbot und den Notstandsgesetzen.
- Und was die Krise angeht mit der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen, Arbeitslosigkeit und Inflation, so hat das Leben bewiesen, daß sie untrennbar mit dem kapitalistischen System verbunden ist, als unheilbare Krankheit des Kapitalismus und nicht das Ergebnis dieser oder jener Regierungspolitik.

Sollte z. B. die CDU/CSU die nächste Bundestagswahl „gewinnen", so bedeutet das eben keine grundlegende Veränderung, sondern lediglich die Auswechselung des Zugpferds. Wenn der Gaul lahmt, muß ein frischer ran. Für die Werktätigen jedenfalls ist es keine Alternative, ob sie der linke oder der rechte Stiefel des Kapitals in den Hintern tritt.

Und wie verhält es sich mit der „sozialistischen" Alternative der D„K"P? Ginge es nach ihren Vorschlägen, so sollten sich die Werktätigen unter die Führung der D„K"P begeben und das Gefängnis Bundesrepublik in ein Zuchthaus nach dem Vorbild DDR umwandeln. Warum sonst versucht denn diese Partei des Klassenverrats die sozialfaschistischen Diktaturen in Ländern wie der DDR oder Sowjetunion als erstrebenswerte sozialistische Vorbilder hinzustellen. Die D„K"P ist eine durch und durch bürgerliche Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse vollständig verraten hat. Als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung hat sie besonders bei den Wahlen die Aufgabe, die Illusion zu verbreiten, die Arbeiterklasse könne auf friedliche Weise über den Weg bürgerlicher Parlamente zum Sozialismus gelangen. Tatsächlich aber ist es so, daß die Arbeiterklasse solche Illusionen mit ihrem Blut bezahlen muß, wie es z. B. kürzlich in Chile geschehen ist.

Die bürgerlichen Parlamente verdienen, wie Lenin sagt, nichts anderes, als von den revolutionären Volksmassen auseinandergejagt zu werden, wenn die Zeit reif dafür ist.

Das schließt natürlich nicht aus, daß auch Kommunisten, die KPD/ML, sich mit eigenen Kandidaten an Wahlen beteiligen. So hatte die Partei 1974 zur Bürgerschaftswahl in Hamburg Kandidaten aufgestellt und 1975 zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Allerdings nicht mit der Illusion, daß es möglich ist, eigene Vertreter ins Parlament zu bekommen, sondern um den Status einer legalen Partei zu erkämpfen und für den Kampf zu nutzen, um den Wahlschwindel zu entlarven, die Ziele der Partei weit zu verbreiten und zu prüfen, wie viele Menschen diesen Zielen heute zustimmen.

So wäre es auch eine gute Sache gewesen, wenn zur Bundestagswahl im Oktober das Wahlbündnis der revolutionären Organisationen, für das die Partei eingetreten war, nicht auf Betreiben des KBW gescheitert wäre (der RM berichtete in der Nr. 9 darüber). Ein solcher gemeinsamer Kampf hätte erstens dazu beigetragen, Grundfragen des Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution in unserem Land zu klären, sowie den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten voranzutreiben. Und zweitens hätten die modernen Revisionisten der D„K"P in vielen Wahlkreisen geschlagen und die Kampfstärke der revolutionären Bewegung demonstriert werden können.

Kurz berichtet

OBERHAUSEN

„Kämpft mit uns" — ist der Titel der Zeitung der ROTEN GARDE für die Oberhausener Berufschulen. Die erste Nummer der Zeitung beschäftigt sich mit der Situation an der Hans-Sachs-Schule und mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit.



WILHELMSHAVEN

Die ROTE GARDE Wilhelmshaven veranstaltete am 30. 3. 76 einen Jugendtreff zum Thema „Sektion DDR der KPD/ML gegründet". 12 Kollegen, Freunde und Genossen waren gekommen. Es wurde unter anderem ein selbstgeschriebenes Stück zum Kampf der Partei in der DDR vorgeführt. Eine anschließende Spendensammlung ergab 30,50 DM zur Unterstützung des Kampfes der Genossen in der DDR.

HALLE

Am 2. 4. führte die ROTE GARDE in Halle/Werther ihre erste Veranstaltung durch. Eine Reihe Freunde und Genossen waren gekommen. Dies ist, wenn man bedenkt, daß Halle eine ziemlich kleine Stadt ist, ein Erfolg für die ROTE GARDE, denn mehr als 2/3 der Anwesenden war nicht in der ROTEN GARDE organisiert. Im Anschluß an vier kurze Referate, die von vier Genossen gehalten wurden, fand eine rege Diskussion statt. Einige Jugendliche wollen jetzt zum regelmäßigen Jugendtreff der ROTEN GARDE kommen.

OSTWESTFALEN/LIPPE

Am 6. 4. führten die RHD Ostwestfalen/Lippe, die ROTE GARDE Vlotho und der Stützpunkt Herford der KPD/ML in Bad Oeynhausen vor dem Jugendgefängnis eine Kundgebung durch. In diesem Gefängnis sitzt zur Zeit der Genosse Günter Sprute. (Er war bei einer Demonstration in Dortmund festgenommen und später zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden). Anschließend diskutierten vier Genossen mit einer Gruppe von Jugendlichen in Oeynhausen, die daraufhin mit 17:2 Stimmen eine Resolution verabschiedete, in der es heißt: „Auf der Demonstration gegen die Ermordung von Holger Meins in Dortmund überfiel am Ende dieser legalen Demonstration die Polizei die Kundgebung, um Megaphon und Rede zu stehlen. Dabei wurden Eckhardt und Günter brutal zusammengeschlagen und verhaftet. Heute sitzt Günter hier in Bad Oeynhausen im Knast. Nicht die brutalen Schläger, sondern der mißhandelte Rotgardist und Rote Helfer sind verurteilt worden. Dagegen protestieren wir.

Der geschilderte Vorgang spricht für sich, und er ist kein Einzelfall. Er zeigt, daß die Bourgeoisie heute immer mehr Revolutionäre und Kommunisten ins Gefängnis steckt, mit hohen Geldstrafen belegt, um zu verhindern, daß die Werktätigen die Wahrheit über dieses kapitalistische Unterdrückersystem zu erfahren und sich dagegen wehren. Wir fordern: Freiheit für Günter und alle politischen Gefangenen!"

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage ,,Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Strafvollzug in der DDR - Unterdrückungsinstrument der neuen Bourgeoisie

Der schändliche Verrat der Ulbricht-Honecker-Clique am Marxismus-Leninismus und die damit verbundene grundlegende Veränderung des Gesellschaftssystems in der DDR finden natürlich auch ihren Ausdruck im Strafvollzugssystem in diesem Staat. Der Strafvollzug in der heutigen DDR ist ein brutales Unterdrückungsinstrument, das an die Traditionen der deutschen Faschisten auf diesem Gebiet anknüpft. Der ganze Apparat widerspiegelt die volle Grausamkeit der herrschenden Revisionisten in der DDR. Die Demütigung und Abschreckung der Inhaftierten ist die vorrangige Aufgabe dieses Systems. Mit Abstand folgt dann die schamlose Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen. Die Umerziehung wurde vollkommen fallengelassen.

Besonders brutal verläuft die Behandlung der jugendlichen Straftäter. Junge Menschen, die wegen verhältnismäßig geringer Delikte zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt werden, stehen noch voll in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und sind deshalb besonders anfällig für kriminelle Handlungen. Sie werden durch das Milieu in den Strafvollzugsanstalten völlig enthemmt, aller menschlichen Moralbegriffe entraubt und in kriminaltechnischer Hinsicht ausgebildet. Dadurch entsteht ein Stamm von Berufsverbrechern, der später die Gefängnisse und Zuchthäuser der DDR füllt.

Genauso verhält es sich bei den erwachsenen Gefangenen. Es wird prinzipiell kein Unterschied gemacht zwischen kriminellen und politischen Gefangenen. Genauso wenig wird zwischen Erst- und Rückfalltätern unterschieden. Politische Gefangene, die wegen Staatsverleumdung, Republikflucht oder Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilt oder angeklagt sind, werden mit Gewaltverbrechern, Einbrechern und Dieben, sowie Wirtschafts- und Sittlichkeitsverbrechern zusammengesperrt.

Die Sittlichkeitsverbrecher nehmen in diesem System nicht selten eine besondere Stellung ein. Ihre Straftat wird von den Wärtern oft nur als Kavaliersdelikt betrachtet. Sie erhalten im Strafvollzug oft besondere Posten und werden als Vorbilder hingestellt. Außerdem wird ihnen in den meisten Fällen großzügig Strafnachlaß gewährt. Daran kann man ganz klar erkennen, wie weit der moralische Verfall der herrschenden Klasse schon fortgeschritten ist.

Viele Arbeiter, die wegen abfälliger Bemerkungen oder wegen Kritik dem Staat gegenüber wegen Staatsverleumdung oder Hetze angeklagt werden, bekommen voll zu spüren, wie dieser sozialfaschistische Staatsapparat sich gegen Andersdenkende „zur Wehr setzt". Die Menschen, die mit diesem System nicht einverstanden sind, werden sofort zu „Kriminellen" abgestempelt und dementsprechend hart bestraft. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn ältere Arbeiter sich an die Zeit von 1933-1945 erinnert fühlen, wo in Deutschland der faschistische Mob tobte.

Nun kann es Leute geben, die sagen: aus den Fingern gesaugt, pure Hetze usw. Aber einige Beispiele werden diesen Vergleich verdeutlichen. Die Strafgefangenen müssen nach ihrer Verurteilung arbeiten. Das ist an sich vollkommen normal, denn der Strafvollzug ist ja kein Sanatorium. Aber welche Arbeiten werden durchgeführt, normale oder gesundheitsgefährdende Tätigkeiten?

Wer hält folgende Arbeiten für normal?: Der Verurteilte kann in einen Tagebau geschickt werden, wo er bis zu den Hüften im Schlamm steht, schwerste Arbeiten ausführen muß. Er darf in Werften Rost klopfen ohne Gasmaske oder irgendwelchen Schutz. Er kann in Zementfabriken an Öfen oder Anlagen gestellt werden oder schwere körperliche Arbeit zur Teilefertigung unter unmenschlichen Normen in 3- bzw. 4-Schichtrhythmus durchführen. Also alles Arbeiten, die man keinem Arbeiter unter normalen Bedingungen anbieten kann oder dementsprechend hoch vergüten müßte.

Wenn man noch hinzufügt, daß die ärztliche Betreuung fast null ist, so wird auch manchem Zweifler klar werden, was hier durchgeführt wird, nämlich die skrupellose Ausbeutung der Arbeitskraft des Gefangenen.

Der Inhaftierte kann unter solchen Bedingungen natürlich leicht krank werden, und das kann verheerende Folgen haben. Es kann Tage, ja Wochen dauern, bis man einem Arzt vorgestellt wird,und allzuleicht wird man als Drückeberger oder Simulant abgestempelt, was sich später auf das Führungszeugnis negativ auswirkt. Wer aber trotzdem gegen diese Arbeiten protestiert oder sich auflehnt, wird gleich als Meuterer angesehen und extra hart bestraft.

Jeder, auch der kleinste Widerstand, wird sofort mit den brutalsten Methoden unterdrückt. So ist es wohl ziemlich leicht zu erkennen, welch ein brutales Mittel dieses sozialfaschistischen Staates hiermit existiert. Der Strafgefangene wird während und nach der Arbeit in unglaublichem Maße terrorisiert. Dabei haben sich einige Aufseher einen besonders makabren Ruhm erworben. Namen wie: Gorilla, Wild-West, Wisky, Texas, Hongkong usw. sind wegen ihrer Brutalität auch weit über die Grenzen der DDR hinaus bekannt geworden.

Wer es z. B. wagt, irgendeine Kritik zu äußern, wird zusammengeschlagen und in Einzelhaft gesteckt. Einzelhaft, was bedeutet das? Sommer wie Winter eine Decke, wobei man die Wahl hat, sich draufzulegen oder sich zuzudekken. Die Verpflegung wird auf das Maß „zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel" herabgesetzt. Wer sich auch noch dagegen wehrt, wird mit Handschellen kurzgeschlossen, oder an das Zellengitter gekettet. So erniedrigte Gefangene, die sich besonders gut führen, dürfen dann zur Belohnung den Flur vor den Zellen mit einer Zahnbürste reinigen.

Ein genauso scheußliches Kapitel des Strafvollzugs ist die sogenannte Selbsterziehung, sprich Terror unter den Gefangenen, der von den Wärtern gefördert bzw. geduldet wird. Die besonders widerliche Gruppe der Berufsverbrecher zieht mit Hilfe der Aufseher einen sadistischen Terror in den Zellen ab. Einzelne Gefangene, die nicht zu den stärksten gehören, werden auf unglaubliche Art und Weise gequält. Mit ihnen wird die sogenannte „Rangerausbildung" durchgeführt und sie werden zu Zellenkulis degradiert. Dadurch soll die Solidarität unter den Gefangenen völlig verhindert werden. Das liegt natürlich im Interesse des Systems. Wer gegen diesen Sadismus protestiert, sieht sich dann plötzlich selbst als Objekt dieser „Selbsterziehung" mißhandelt und Hilfe von den Wärtern ist kaum zu erwarten.

Wer diese Beispiele nicht glaubt, der hat ja immer noch die Möglichkeit, sich mit diesem Staat anzulegen und er wird dann sehr bald merken, daß diese Beispiele eben nur Beispiele sind. Dieser Unterdrückungsapparat hat noch vielfältigere Möglichkeiten der Erniedrigung und Demütigung, die man gar nicht alle aufzählen kann. Man könnte z.B. noch die miserable Verpflegung, die katastrophale sanitäre Betreuung, die Überbelegung der Zellen, die Dosierung des Kontakts zu den Angehörigen oder die mangelnde rechtliche Betreuung erwähnen. Aber dann müßte man ein ganzes Buch schreiben und der Rahmen dieses Artikels würde gesprengt werden.

Die DDR gibt sich den Anschein der „Ruhe und des friedlichen Aufbaus des Sozialismus". Sie ist Mitglied der UNO und fordert Freiheit für eingekerkerte Menschen. Doch wer in der DDR lebt, weiß sehr genau, daß das nur Lug und Trug ist und nur dazu dienen soll, das deutsche Volk hinters Licht zu führen. Es gibt kaum noch Arbeiterfamilien, die nicht direkt oder indirekt mit diesem barbarischen Unterdrückungsapparat in Berührung kamen oder kommen.

Die Honecker-Clique demaskiert sich immer mehr, und das sogenannte Vertrauen in den „Arbeiter- und Bauernstaat" ist schon lange erschüttert und in nackte Angst vor dem Polizeiapparat umgeschlagen.

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML SEKTION DDR

auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML Stadtsparkasse Dortmund Kto.: 321004—547

Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Die Geschichte hat bewiesen, daß sich die Arbeiterklasse und die Völker der Welt auf die Dauer nicht unterdrücken lassen. Der Kampf und der Sieg der Völker Indochinas, Afrikas und Lateinamerikas, sowie das Erstarken der marxistisch-leninistischen Weltbewegung zeigen ganz eindeutig, daß auch die Honecker-Clique und die Neuen Zaren im Kreml das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen können. Darum gilt es, den Klassenkampf in der DDR zu verstärken, den sozialfaschistischen Demagogen die Maske vom Gesicht zu reißen und zu lernen, die Möglichkeiten des Widerstandes voll auszunutzen.

Nieder mit dem sozialfaschistischen Terror in der DDR! Nieder mit dem barbarischen Strafvollzugssystem der neuen Bourgeoisie!

Sowjetbesatzer als Autoknacker

Korrespondenz — Kürzlich waren wir bei unseren Verwandten in der DDR zu Besuch. Als wir eines Nachmittages etwas spazieren gingen, ereignete sich folgendes:

Wir kamen zu unserem Auto zurück und sahen schon von weitem eine Reihe russischer Soldaten um das Auto herumstehen. Als wir näherkamen, verkrümelten sie sich in ihren Jeep. Nur der Offizier und eine Ordonnanz blieben darußen, fragten uns scheinheilig, wo wir denn herkämen — obwohl das aus dem Nummernschild unseres Autos klar hervorging, und wollte uns einreden, daß sie nur nachsehen wollten, ob „alles in Ordnung" und „normal" sei mit dem Auto. Dann fuhren sie ab. Hinterher merkten wir, daß sie das hintere Seitenfenster des Autos von außen aufgebrochen hatten. Weiter waren sie offenbar nicht gekommen, weil wir sie störten. Bleibt die Frage: Seit wann knackt man Autos, um zu sehen, ob alles „normal" ist?

Grussadressen zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML

Genossen Ernst Aust, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens drückt im Namen seiner Partei und der polnischen Arbeiterklasse seine tiefe Freude über die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML aus und sendet der KPD/ML, allen deutschen Marxisten-Leninisten und Ihnen persönlich proletarische Grüße und Glückwünsche für weitere Erfolge im revolutionären Kampf zur politischen Organisierung der Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse in der marxistisch-leninistischen KPD/ML.

Die KPD/ML hat durch die Gründung von Sektionen in Westberlin und in der Deutschen Demokratischen Republik die gesamte deutsche Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Intelligenz und alle fortschrittlichen und revolutionären Schichten der breitesten Massen der Werktätigen, die vom westdeutschen Imperialismus und vom sozialfaschistischen Revisionismus unterdrückt und ausgebeutet werden, in ihre revolutionäre Tätigkeit einbezogen.

Die deutsche Arbeiterklasse und ihre Avantgarde, die KPD/ML, vereinigen das gespaltene deutsche Volk ideologisch, politisch und organisatorisch auf der Grundlage des revolutionären Kampfes gegen die einheimische reaktionäre Bourgeoisie und die Besetzung des Landes durch Truppen der beiden hegemonistischen Supermächte. Die Entstehung der KPD/ML und die Gründung von Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR sind ein historisches Ereignis für alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der deutschen Gesellschaft. Sie wird von tiefgreifender Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes und der sozialistischen Revolution in ganz Europa sein.

Indem die KPD/ML die Reinheit des Marxismus-Leninismus verteidigt und sich in ihrer Strategie und Taktik zur Zerschlagung der Herrschaft der Ausbeuterklassen und für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland von der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus leiten läßt, bildet sie eine unzerstörbare ideologisch-politische Kraft der deutschen Arbeiterklasse, wird sie zu ihrem marxistisch-leninistischen Wegweiser. Die KPD/ML ist heute, unabhängig von ihrer Größe, der Motor und der Führer der revolutionären Umgestaltung, die sich im ganzen deutschen Volk vollzieht.

Als die alte deutsche Sozialdemokratie, die eine große Partei war, sich unter der Führung der Südekums in einen „faulenden Leichnam" verwandelte, sagte Lenin, daß das revolutionäre deutsche Proletariat und alles, was in Deutschland gesund und fortschrittlich, revolutionär und wertvoll ist, nicht von der Clique der Renegaten und Verräter des Proletariats mit Noske, Scheidemann und Ebert an der Spitze repräsentiert wird, sondern von dem eingekerkerten Karl Liebknecht. Und ebenso repräsentieren heute nicht die alten und die modernen Renegaten des Kommunismus und Verräter des Proletariats, sondern die KPD/ML das rechtmäßige Erbe der großartigen kulturellen Errungenschaften, die das deutsche Volk im Laufe seiner Geschichte erkämpft hat, und sie ist die Fortsetzerin seiner großen fortschrittlichen, konsequent demokratischen und revolutionären Traditionen, der Errungenschaften seiner großen Schöpfer in Kultur und Wissenschaft.

Der finstere und unmenschliche Zeitraum des Hitler-Terrors ist die reaktionäre Frucht des verfaulenden deutschen und internationalen Monopolkapitals und der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse fremd und feindlich. Die Erben und Fortsetzer des Hitlerfaschismus sind heute die beiden hegemonistischen Supermächte, die sich die Unterjochung der Welt zum Ziel gesetzt haben, sowie ihre imperialistischen und sozialfaschistischen Vasallen in der Bundesrepublik, in der DDR und in Polen.

Aber das Rad der Geschichte wird kein Nachfolger Hitlers aufhalten oder zurückdrehen können. „Die deutsche Frage kann nur vom deutschen Volk gelöst werden", sagt die KPD/ML. Wir polnischen Marxisten-Leninisten haben die geschichtliche Erfahrung des eigenen Volkes vor Augen und sind zutiefst überzeugt, daß der Tag nicht mehr weit ist, da das deutsche Volk „Herr in seinem Lande wird". Deutschland, heute geteilt, wird morgen wiedervereinigt sein!

Unabhängig davon, wie lange noch der sogenannte „Tilsiter Frieden" dauern wird, der Tag des revolutionären Aufstandes und des Sieges der deutschen Arbeiterklasse und der Erkämpfung der Einheit des sozialistischen Deutschlands wird unentrinnbar kommen. Denn der Weg zum Sozialismus führt nicht über die reaktionäre Spaltung der Völker und des Proletariats, sondern über ihre Vereinigung auf der Grundlage des revolutionären Kampfes. In den Händen der polnischen und der deutschen Arbeiterklasse liegen die Schlüssel für die Zukunft unserer beiden Völker. Die Arbeiterklasse muß sich, um sich selbst endgültig von der Ausbeutung und Unterdrückung des Kapitalismus zu befreien, zuerst politisch in ihrer proletarischen Partei organisieren, dann im revolutionären Kampf siegen und sich zur herrschenden Klasse im Rahmen des Volkes erheben.

Marx und Engels kämpften für die revolutionäre Einheit Deutschlands, verurteilten die Ausbeutung und jegliche Ungleichheit unter den Völkern und verdammten die reaktionäre Vasallenpolitik des preußischen Königs und seine Anlehnung an den zaristischen Despotismus des imperialistischen Rußland. Indem sich die Honecker-Clique von der revolutionären Losung der Einheit des deutschen Volkes und des deutschen Staates lossagte, verriet sie die revolutionäre Seele des Marxismus, hat sie sich somit von solchen Deutschen wie Marx und Engels losgesagt und hat sich so auf „würdige" Weise als Erbin des Testaments der reaktionären Politik des preußischen Königs und der gänzlichen Anlehnung an die Neuen Zaren in Moskau erwiesen. Lenin, der die nationalen Losungen als Teil der Aufgaben der sozialistischen Revolution, der sie untergeordnet sind, betrachtete, sagte, im Gegensatz zur Politik der Breschnew- und Honecker-Clique, daß die nationalen Staaten der Diktatur des Proletariats noch lange nach dem Sieg der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab ihre Unabhängigkeit und Souveränität bewahren werden, bevor sie sich endgültig vereinigen.

Im Kampf um ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland steht die polnische Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Vorhut, die KPP, fest an der Seite der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut, der KPD/ML. Karl Marx sagte: „Die Revolution muß solidarisch sein!"

Es lebe die revolutionäre Einheit und Solidarität zwischen der KPP, der polnischen Arbeiterklasse und der KPD/ML und der deutschen Arbeiterklasse in unserem gemeinsamen Klassenkampf auf Leben und Tod gegen die einheimische reaktionäre Bourgeoisie in Polen, in der DDR und in der DBR sowie gegen den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus!

Es lebe die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats!

Es lebe die revolutionäre Einheit und Solidarität aller marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen auf der ganzen Welt!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens
Warschau, März 1976 **gez. Kazimierz Mijal, Generalsekretär**

Reykjavik, 10.3.1976
An Genossen Ernst Aust,
Vorsitzender der KPD/ML

Lieber Genosse,

Wir drücken unsere Freude über das historische Ereignis aus, daß in Ostdeutschland (DDR) die KPD/ML gegründet wurde. Dieser wichtige Sieg über den modernen Revisionismus zeigt klar, daß die Revolution auf dem Vormarsch ist. Beide, der sowjetische Sozialimperialismus und der amerikanische Imperialismus versuchen verzweifelt, Konterrevolution und Faschismus an allen Ecken der Welt zu unterstützen, aber so sehr sie sich auch bemühen, sie werden sich als unfähig erweisen, das Rad der Geschichte aufzuhalten. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen Revolution. Das ist heute eine unwiderstehliche Strömung in der Geschichte. In diesem Licht ist auch die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML zu sehen und ihre große historische Bedeutung zu würdigen. Wir unterstützen aus ganzem Herzen den mutigen Kampf der deutschen Kommunisten und grüßen Dich und Deine Partei zu diesem wichtigen Ereignis.

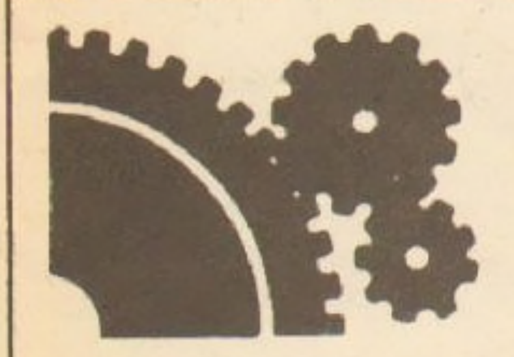
Mit kommunistischen Grüßen

Im Auftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Liga Islands/Marxisten-Leninisten

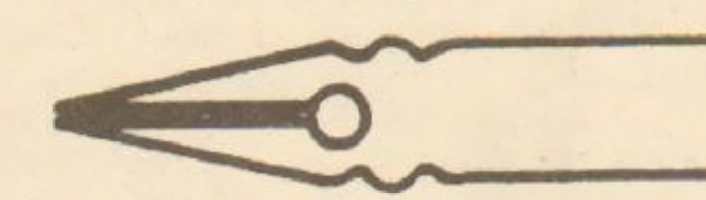
Kristjan Guolaugsson,

Internationaler Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Liga Islands/Marxisten-Leninisten

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Westberlin: Weg mit den Ausschlußdrohungen gegen ÖTV-Kollegen!

Der reaktionäre Gewerkschaftsapparat in Westberlin plant Ausschlußverfahren gegen ca. 6 fortschrittliche und revolutionäre Kollegen, die auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung gegen den Gewerkschaftsapparat auftraten. Dazu kam es folgendermaßen:

Am 18. 2. 76 veranstaltete die ÖTV-Westberlin eine „ÖTV-Informations-Mitgliederversammlung" der Abteilung Sozialarbeit, um über die Tarifrunde zu informieren. Aus Angst davor, daß die geplante Versammlung zu einer Veranstaltung wird, auf der die Kollegen Kampfschritte beschließen und gegen den Gewerkschaftsapparat auftreten könnten, wurden am Eingang des Saales von Gewerkschaftsfunktionären die Gewerkschaftsmitglieder-Ausweise der Kollegen kontrolliert und eine „Versammlungsordnung" verteilt, in der es unter anderem heißt:

— „Der Versammlungsleiter kann Redner, wenn sie vom Versammlungsthema abschweifen, zur Sache verweisen."

— „Der Versammlungsleiter kann jeden Versammlungsteilnehmer, der durch sein Verhalten die ordnungsgemäße Durchführung der Versammlung stört, auch unter Namensnennung zur Ordnung rufen. Der Versammlungsleiter übt das Hausrecht aus."

— „Hat der Versammlungsleiter einen Redner zweimal zur Sache oder zur Ordnung gerufen, so entzieht er dem Redner beim dritten Mal das Wort."

Aber diese Einschüchterungsversuche wurden schon gleich zu Beginn der Versammlung mit großer Mehrheit von den ca. 300 bis 400 Kollegen abgelehnt.

Die Sozialarbeiter aus den Bezirksämtern, von denen einige bis zu 170 DM Festbetrag forderten, verurteilten die politische Unterdrückung in der Gewerkschaft und die Gewerkschaftsausschlüsse von 6 revolutionären und fortschrittlichen Kollegen, von denen vier als Kandidaten der GRF (KPD) und des KBW bei den Abgeordnetenhauswahlen kandidierten. Es wurden Resolutionen gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaft und gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz von den Kollegen eingebracht.

Die Versammlung aber nahm vollends eine Wendung, als ein revolutionärer Kollege sich meldete, um über ein Ausschlußverfahren zu berichten, das der Gewerkschaftsapparat gegen ihn wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" eingeleitet hat. Hatten Gewerkschaftsbonzen wie Roggenbruck in ihren Einführungsreferaten noch scheinradikale Phrasen gedroschen, so zeigten sie jetzt offen ihr reaktionäres Gesicht: Der Kollege, der sich ordnungsgemäß zu Wort meldete, wurde von den Gewerkschaftsbonzen stillschweigend von der Rednerliste gestrichen. Als er dennoch einfach das Wort ergriff, gerieten sie in Panik. Ihm wurde das Wort entzogen und das Mikrofon abgedreht. Doch trotz des Gezeters der Gewerkschaftsbonzen sprach der Kollege ohne Mikrofon weiter. Unterstützt wurde er von der großen Mehrheit seiner Kollegen, die sich in einer Abstimmung gegen das Redeverbot für den revolutionären Kollegen aussprachen. Nur ein Revisionist der SEW traute sich, offen dagegen zu stimmen.

Daraufhin erklärte die vom Gewerkschaftsapparat eingesetzte Geschäftsführerin der Abteilung Sozialarbeit, Ilse Hoppe, die Veranstaltung für beendet. Die Gewerkschaftsbonzen drehten auf dem Podium das Licht aus und packten zusammen mit den SEW-Revisionisten ihre Sachen zusammen. Als die Kollegen daraufhin gegen die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" der Gewerkschaft, mit denen sie revolutionäre Kollegen aus der Gewerkschaft ausschließen, Parolen riefen, machte der Gewerkschaftsapparat von seinem Hausrecht Gebrauch: Ilse Hoppe erklärte, falls die Kollegen nicht sofort den Saal verließen, würde dieser durch die Polizei geräumt.

Trotz dieser Drohung aber setzten 200 Kollegen die Versammlung fort. Eine zur Abstimmung gestellte Resolution forderte mindestens 170 DM Festbetrag für die Tarifrunde und verurteilte die politische Unterdrückung in der Gewerkschaft. Doch es waren die opportunistischen KBW-Führer, die eine Gegenresolution einbrachten, die nur 135 DM forderte und die Verurteilung der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" nicht beinhaltete. Diese Resolution priesen sie mit Phrasen über die „Einheit in den Gewerkschaften". Diese Resolution der KBW-Führung, die sich genau mit der Forderung des Gewerkschaftsapparates deckte, zeigte, was für eine Einheit und mit wem sie die Einheit im Gewerkschaftsapparat suchen. Vor allem zeigte sich das auch darin, daß sie nicht einmal die Gewerkschaftsausschlüsse verurteilt sehen wollten. Durch viermaliges Wiederholen der Abstimmung, wodurch die Kollegen immer mehr verwirrt wurden, worüber denn jetzt eigentlich abgestimmt wurde, gelang es den KBW-Opportunisten schließlich, ihre Forderung durchzusetzen. Das zeigt einmal mehr, daß man nicht nur gegen den Gewerkschaftsapparat und die SEW-Revisionisten angehen muß, die sich hier isoliert hatten, sondern daß man auch die Rolle der Opportunisten vom KBW deutlich aufdecken muß.

Glaubte man nun, die Gewerkschaftsbonzen und SEW-Revisionisten hätten wirklich den Saal verlassen, als sie ihre Sachen packten und auf dem Podium das Licht ausdrehten, so hatte man sich stark getäuscht. Sie waren im Saal geblieben und betätigten sich offen als Spitzel. Sie lauerten den fortschrittlichen und revolutionären Kollegen auf, die nach dem „Versammlungsende" des Gewerkschaftsapparates das Wort ergriffen haben. Heute planen sie nun Ausschlußverfahren gegen ca. 6 dieser Kollegen. Es zeigt sich — entgegen den Opportunisten vom KBW — wie wichtig es ist, die Kollegen gerade auch im Kampf gegen die politische Unterdrückung in der Gewerkschaft zusammenzuschließen.

Weg mit den Gewerkschaftsausschlüssen! Nieder mit dem reaktionären Gewerkschaftsapparat!

Rot Front! Eine Genossin aus Westberlin

Metalltarifabschluss in NRW 5,4 %

5,4% in NRW — der niedrigste Metallabschluß von allen Bezirken gerade dort, wo größte Metallbetriebe konzentriert sind wie KHD, Ford, Opel usw. und wo die Metallarbeiter mit am kampfstärksten sind. Die Stimmung der Kollegen in den Betrieben ist entsprechend: Viele sind auf den Gewerkschaftsapparat wütend, der es von Anfang an darauf angelegt hatte, einen solchen Lohnraubabschluß zu unterschreiben.

Bewußt hatten die Metallkapitalisten und der IGM-Apparat den Bezirk NRW als kampfstärksten ans Ende der Verhandlungen gestellt. Denn hier sind die Metallarbeiter am stärksten konzentriert. Hätten hier die Metallverhandlungen begonnen, die Sache hätte dem IGM-Apparat leicht aus den Händen gleiten können. Also wurden erst einmal in anderen Bezirken vollendete Tatsachen geschaffen, um so Druck auf die Metallarbeiter auszuüben. So erreichten Metallkapitalisten und IGM-Apparat schließlich auch, daß viele Kollegen sagten: „Da kommt bei uns auch nichts anderes heraus. Das ist doch alles schon gelaufen." Wurde so einerseits Resignation ausgebreitet, ergänzten die IGM-Bonzen ihr Vorgehen noch dadurch, daß sie sich in NRW besonders radikal gaben, als würden sie energisch gegen das 4% Angebot der Metallkapitalisten kämpfen.

Viele Kollegen äußerten klar ihre Meinung nach dem Tarifabschluß. Ein Kollege bei KHD: „Bei mir in der Abteilung sind alle auf den Abschluß sauer. Die Gewerkschaft ist dafür verantwortlich." Und bei Opel Bochum: „Die hätten gar nicht erst verhandeln brauchen." Und bei den meisten Kollegen hört man: „Das habe ich doch gleich gesagt." Der Zorn auf den reaktionären Gewerkschaftsapparat, die Wut gegen die Kapitalisten, die damit wiederum ihre Profite erhöhen, ist unter den Kollegen der Metallbetriebe in NRW nach dem letzten Abschluß gewachsen. Doch heißt das keineswegs, daß der Gewerkschaftsapparat seinen reaktionären, klassenversöhnlerischen Einfluß unter den Metallern bereits verloren hätte. Viele Kollegen sehen klar, daß der IGM-Apparat sich nicht für sie einsetzt, daß er mit den Kapitalisten zusammen mauschelt. Doch daß dieser Apparat ein direkter Feind der Arbeiterklasse ist, der gegen sie arbeitet, ihren Kampf sabotiert, das erkennen die meisten Kollegen noch nicht so klar. Doch gerade in der letzten Tarifrunde hat sich deutlich gezeigt, daß die IGM-Bonzen nicht etwa schlecht zu verhandeln verstehen, daß sie etwa ungeschickt wären und daß da eben ein paar andere an der Spitze stehen müßten, sondern daß der Apparat selbst organisiertes Streikbrechertum betreibt, indem er alles darauf anlegt, die Kampfaktionen der Kollegen zu verhindern — und wo dennoch Kampfaktionen stattfinden, ihnen die Stoßkraft zu rauben, sie ins Leere laufen zu lassen. Vor allem aber zeigt sich der reaktionäre Charakter des IGM-Apparates darin, wie er immer wieder den Kollegen einzuflößen versucht, daß es mit den Kapitalisten gemeinsame Interessen gäbe, nämlich die „allgemeine Wirtschaftslage", von der auch das Schicksal der Kollegen abhinge. Schon jetzt haben sich die Loderer und Co überlegt, wie sie den Unmut und die Empörung der Kollegen nach dem letzten Abschluß bremsen können. All dies, damit die Kollegen nur keine eigenständigen Kampfaktionen durchführen, ohne und gegen den Gewerkschaftsapparat, die zweifellos Erfolg bringen würden. So versprach Loderer den Metall-Arbeitern im Verlauf des Jahres einen „Nachschlag" bei den Verhandlungen um den 13. Monatslohn u.a., falls die „Konjunktur einen Aufschwung nimmt". So sollen erneut wieder Hoffnungen und Illusionen geschürt werden, der IGM-Apparat würde doch noch etwas herausholen. Die Arbeiter sollen tatsächlich dadurch zum Stillhalten, zum Abwarten gebracht und ihre Wut auf den Gewerkschaftsapparat gelindert werden.

Doch der Druck, der auf der Arbeiterklasse lastet, und der durch den letzten Tarifabschluß für die Metaller noch schwerer geworden ist, erzeugt notwendigerweise den Gegendruck der Arbeiterklasse. Und es wird mit wachsendem Unmut und Zorn dazu kommen, daß die Arbeiter zu eigenen Kampfaktionen greifen werden. Dies voranzutreiben heißt, die Illusionen, die noch über den Gewerkschaftsapparat unter den Kollegen bestehen und von den Gewerkschaftsbonzen immer wieder angefacht werden, auszuräumen, den Kollegen immer wieder zu zeigen, daß der Gewerkschaftsapparat der Arbeiterklasse unversöhnlich gegenübersteht, ihr Feind ist. Insbesondere auch die modernen Revisionisten der D„K"P gilt es dabei zu bekämpfen, die stets vor Beginn der Verhandlungen etwas höhere Forderungen aufstellen, um dann auf die schändliche Forderungen des Gewerkschaftsapparates einzuschwenken, um schließlich zu behaupten, sie hätten auch lieber ein höheres Ergebnis gesehen. Sie versuchen, sich als die besseren Gewerkschaftsbonzen hinzustellen, und verfolgen dabei das Ziel, die Kollegen auf ihre Weise zu betrügen, um sie unter dem Joch des Kapitals zu halten.

Demonstrationen gegen das 5% Angebot

Fortsetzung von Seite 1

Zaum zu halten, um einen konsequenten Kampf zu verhindern.

Die „radikalen Reden": „Nur noch eng begrenzter Spielraum", „Bei Scheitern ist Streik möglich", das scheinbar unnachgiebige Beharren auf der 135 DM-Forderung, das angebliche Einsetzen für gerechte Lohnerhöhungen vor allem für die unteren Einkommen, die Ankündigung eventueller Urabstimmungen und Streiks, all das diente nur dazu, die wahren Absichten des ÖTV-Apparates zu verschleiern und sich einen gewissen Kredit bei den Kollegen zu erhalten.

Viele Kollegen sind nicht nur über das Angebot des Staates so empört, sondern auch über den ÖTV-Apparat, weil sie verschiedene einzelne Betrugsmanöver durchschaut haben und in nicht wenigen Fällen die Tarifverhandlungen als abgekartetes Spiel zwischen den Gewerkschaftsbonzen und den Kapitalisten, bzw. den Vertretern des Staates sehen. Daß der Einfluß des Gewerkschaftsapparates dennoch so groß ist und es kaum zu Kämpfen gegen die geplanten Lohnraubabschlüsse vom Gewerkschaftsapparat und den Kapitalisten kommt, hat verschiedene Ursachen.

Unter anderem werden die Kollegen systematisch unter Druck gesetzt, vor allem mit der Gefahr und der Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sie sich nicht an die „Spielregeln" halten, die der DGB-Apparat mit den entsprechenden Vertretern der Kapitalistenklasse und des Staates ausgehandelt hat. In verschiedenen Abkommen, wie dem Schlichtungsabkommen und Gesetzen, vor allem dem Tarifvertragsgesetz, ist der Verlauf der Tarifverhandlungen geregelt. So verbietet z. B. die „Friedenspflicht" während der Tarifrunden Streiks. Erst wenn die „Friedenspflicht" ausgesetzt ist, dann „darf" unter Obhut des Gewerkschaftsapparates gestreikt werden. Streiken die Kollegen trotz der „Friedenspflicht", so heißt daß, das ist ein „illegaler, ungesetzlicher" Streik. Vom Gewerkschaftsapparat erhalten die Kollegen in diesem Fall keinerlei Unterstützung, im Gegenteil, der Gewerkschaftsapparat sorgt selbst noch für Entlassungen revolutionärer, fortschrittlicher Kollegen und beteiligt sich an der Zerschlagung sogenannter wilder Streiks.

Erst wenn alle Möglichkeiten, den Tarifkonflikt „friedlich" zu lösen, ausgeschöpft seien, dann könne man mit Urabstimmung und Streik Druck auf die „sturen" Kapitalisten ausüben, wird argumentiert. Damit wird auch gleichzeitig eine ideologische Beeinflußung der Kollegen verbunden. So soll ihnen weisgemacht werden, man könne sich mit den Kapitalisten „friedlich" einigen, weil alle ein Interesse daran hätten, daß die Wirtschaft wieder in Schwung komme, denn dann würde es auch allen wieder besser gehen und deshalb müßten die Arbeiter jetzt auch bei den Tarifrunden Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nehmen. Bewußt werden damit diese Unklarheiten und verschiedenen Hoffnungen bei den Kollegen ausgenutzt und gestärkt, die ebenfalls einem konsequenten Kampf im Wege stehen.

Vielen Kollegen ist eben noch nicht klar, daß die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse unversöhnlich sind. Den Arbeiter verbindet ebensowenig mit seinem Ausbeuter wie den Sklaven mit seinem Herrn.

Ob die kapitalistische Wirtschaft von Krisen erschüttert wird oder sich die Auftragslage für die Kapitalisten zeitweilig verbessert, ist unabhängig von den Lohnforderungen der Arbeiter, denn die Krisen haben ihre Ursache im Kapitalismus selbst. Sollte sich die Auftragslage für die Kapitalisten, wie jetzt in der Autoindustrie verbessern, so ändert sich die Lage der Arbeiter dadurch auch nicht entscheidend. Es werden zwar einige Arbeiter eingestellt, aber selbst bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler sagen eine Dauerarbeitslosenzahl von ca. 1 Million voraus. Und die, die eingestellt werden, müssen meist mit weniger Lohn arbeiten, weil einfach eine Einstufung in niedrigere Lohngruppen erfolgt, wobei durch die scharfe Rationalisierung noch mehr geleistet werden muß als vorher.

Der Kapitalismus kann der Arbeiterklasse keine Perspektive bieten. Seit dem Ende der Phase der relativen Stabilität, Mitte der 60er Jahre, folgte eine Krise der anderen in immer schnellerer Folge, und die Lasten hat die Arbeiterklasse zu tragen. Die Krise gehört zum Kapitalismus wie der Deckel zum Topf. Aber darüber will der Gewerkschaftsapparat, der sich immer wieder als Bestandteil des imperialistischen Unterdrückungsapparates erweist, die Kollegen hinwegtäuschen.

Jede Hoffnung, daß der Kapitalismus noch zu heilen sei, verhindert nicht nur einen konsequenten Kampf um mehr Lohn, sondern verzögert auch den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse zum Sturz des Kapitalismus.

Arbeitsgerichtsprozesse

Verteidigt die Roten Betriebsräte!

Bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr vergangenen Jahres errang die revolutionäre Arbeiterbewegung unseres Landes einen bedeutenden Sieg. In einer größeren Anzahl von Industriebetrieben, darunter einige bedeutende Großbetriebe, konnten Rote Betriebsräte erkämpft werden. Für die Kapitalistenklasse und ihre übelsten Handlanger, den kapitalistischen DGB-Apparat und die revisionistische D„K"P, war das ein harter Schlag. Sie lauerten von Anfang an darauf, die Roten Betriebsräte bei einer günstigen Gelegenheit auszuschalten. Seit Abschluß der Betriebsratswahlen sind bereits sieben Rote Betriebsräte und Betriebsratskandidaten fristlos entlassen worden. Im Kampf um die Wiedereinstellung der Genossen wurden in den meisten Fällen auch Arbeitsgerichtsprozesse geführt, von denen einer in erster Instanz und zwei bereits in zweiter Instanz gewonnen wurden. Wir wollen hier auf einige Erfahrungen aus diesen Prozessen eingehen.

Natürlich ist es für die Kapitalisten und ihre Lakaien auch nicht ganz einfach, einen Roten Betriebsrat aus dem Betrieb zu werfen. Zum einen müssen sie fürchten, daß sie die Empörung und den wütenden Widerstand der Arbeiter und Angestellten, eventuell sogar einen „wilden" Streik provozieren. Zum anderen hat die Sache auch noch einen anderen Haken: Das Betriebsverfassungsgesetz (BVG) und die anderen Gesetze dieses Staates dienen zwar nur zur Knebelung der Arbeiterklasse, zur Unterdrückung des Kampfes gegen den Kapitalismus. Dennoch enthält das BVG auch Bestimmungen, die wir im Kampf gegen politische Entlassungen ausnutzen können und müssen.

Beispielsweise den Paragraphen 20, der Wahlbehinderung durch Entlassung verbietet. Ein anderer Punkt ist, daß der Betriebsrat zu jeder Kündigung gehört werden muß. Verweigert er seine Zustimmung, dann wirkt dies unter Umständen auf das Urteil des Arbeitsgerichtes ein. Sicher werden die meisten Betriebsräte von Arbeiterverrätern und korrumpierten Elementen beherrscht. Unter bestimmten Umständen kann man sie aber zwingen, auch der Kündigung eines revolutionären Arbeiters zu widersprechen, weil sie ja darauf bedacht sein müssen, einen gewissen Einfluß in der Belegschaft zu behalten. Auch im BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) gibt es Bestimmungen, die wir im Kampf gegen Entlassungen Roter Betriebsräte ausnutzen können. So z. B. der § 626 BGB, der besagt, daß eine fristlose Entlassung nicht ohne „wichtigen Grund", d.h. ohne daß die Interessen des Unternehmers schwerwiegend bedroht sind, zulässig. Bei einer „verhaltensbedingten" Entlassung muß eine „erhebliche Störung des Betriebsfriedens" gegeben sein. Auch das Kündigungsschutzgesetz bietet bestimmte Möglichkeiten für uns. Natürlich kann die Bourgeoisie diese Gummiparagraphen je nach Lage auslegen, biegen und dehnen. Aber das ändert nichts daran, daß wir sie nach Möglichkeit für unsere Interessen ausnutzen müssen.

Man darf sich natürlich keine Illusionen machen. Auch wenn das Arbeitsgericht eine Entlassung als rechtlich unwirksam erklärt, hat der Kapitalist immer noch genügend Möglichkeiten, um die Wiedereinstellung des Entlassenen zu verhindern. Dafür gibt es genügend Beispiele. Das „Recht", das man vom Arbeitsgericht zugesprochen erhält, erweist sich oft als ein bloßer Fetzen Papier. Ob wir daraus Realität machen können, ist dann eine Frage unseres Kampfes. Diese bürgerliche „Demokratie" ist ja letztlich nur eine Demokratie für die Ausbeuter, während sie für die werktätigen Massen faktisch eine brutale Diktatur ist. Aber dennoch gibt es gewisse, wenn auch minimale Rechte, die wir verteidigen und benutzen müssen. Betrachten wir einmal einige Beispiele des Kampfes gegen die Entlassung oder anderweitige Ausschaltung Roter Betriebsräte genauer:

Bei der AG Weser in Bremen wurden zwei Genossen fristlos entlassen, bevor sie überhaupt ihre Rote Liste stehen hatten. Sie hatten den taktischen Fehler gemacht, ihr „Programm der Roten Liste" im Betrieb zu veröffentlichen, bevor sie die Unterschriften für die Einreichung ihrer Liste beim Wahlausschuß gesammelt hatten. Die AG-Weser-Bosse nutzten das sofort aus, um die Genossen fristlos zu entlassen. Aber trotz des Fehlers, der ihre Position ungünstig machte, gewannen die Genossen ihren Arbeitsgerichtsprozeß in beiden Instanzen. In der Urteilsbegründung des Arbeitsgerichts Bremen heißt es unter anderem: *„Der überragende Stellenwert des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung verbietet es, eine legitime Meinungsäußerung, auch wenn sie sich überspitzter Formulierungen bedient, als einen Grund für eine verhaltensbedingte Kündigung anzusehen. Dies gilt besonders dann, wenn es sich um eine Meinungsäußerung im Rahmen eines Betriebsratswahlkampfes handelt."*

In diesem Prozeß spielte auch eine Rolle, daß die Ideologie der „freien Wahlen" ein wichtiges Requisit der demokratischen Fassade des kapitalistischen Bonner Staates ist. Aber das Entscheidende ist, daß durch den Kampf der Genossen das Gericht überhaupt gezwungen wurde, sich zu bestimmten Punkten zu stellen.

Auch der Kieler Genosse Bernd Woitalla, der bei HDW schon auf einer gültigen Roten Liste als Betriebsratskandidat stand, wurde fristlos entlassen, noch bevor die Wahl stattfand. Auch er gewann seinen Arbeitsgerichtsprozeß in beiden Instanzen. Bernd Woitalla wurde trotz seiner Entlassung, zusammen mit zwei anderen Genossen, auf der Roten Liste in den Betriebsrat gewählt. Als er sich nach seinem gewonnenen Berufungsprozeß ins Werk zu einer Sitzung des Betriebsrates begab, um sein Recht, das er formal zugebilligt bekommen hatte, in der Wirklichkeit wahrzunehmen, wurde er auf Initiative der reaktionären Betriebsratsmehrheit durch die Polizei vom Werk gejagt. Eine einstweilige Verfügung, mit der er die Rückkehr an seinen Arbeitsplatz erreichen wollte, wurde ebenfalls abgelehnt.

All das zeigt, wie heuchlerisch und verlogen die bürgerliche Rechtssprechung überhaupt ist. Dennoch ist es als Erfolg anzusehen, daß wir diese Arbeitsgerichtsprozesse gewonnen haben, und es kommt jetzt darauf an, darauf aufbauend, den Kampf für die Wiedereinstellung weiterzuführen.

Im Falle des entlassenen Roten Betriebsrates U.B. von den Mannesmann-Röhrenwerken in Düsseldorf gab sich das Arbeitsgericht weniger „demokratisch". Es stimmte der fristlosen Entlassung zu, obwohl dem Genossen kein konkreter Verstoß gegen das BVG oder irgendwelche Verordnungen nachgewiesen werden konnte. In der Urteilsbegründung heißt es: *„Was der Kläger im Interesse derer, die ihn gewählt haben, verfechten will, sind seine politischen Auffassungen, nicht aber solche Belange der Arbeitnehmer, für deren Steuerung in der Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber durch das BVG die Weichen gestellt sind."* So offen hat noch selten ein Arbeitsrichter ausgesprochen, welche Rolle der Betriebsrat zu spielen hat: Nicht die Interessen derer, die ihn gewählt haben, zu vertreten, ist sein Auftrag, sondern die „Steuerung der Belange der Arbeitnehmer in der Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber" — zu deutsch: er soll abwiegeln, soll die Kollegen verschaukeln und mit den Kapitalisten gemeinsame Sache machen.

Ein gutes Beispiel für einen erfolgreichen Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihre Lakaien gegen unsere Roten Betriebsräte ist der Fall der Roten Betriebsrätin Annette Schnoor bei Siemens/Witten. Die reaktionäre Clique, die den Betriebsrat beherrscht, hatte einen kleinen Streik in der Abteilung von Annette zum Anlaß genommen, um mit der Begründung, die Rote Betriebsrätin habe den Streik inszeniert, ein Amtsenthebungsverfahren gegen sie einzuleiten. In beiden Instanzen des Arbeitsgerichts sahen sich die Richter gezwungen, den Antrag zurückzuweisen.

Für die Entscheidung des Arbeitsgerichtes waren zwei Faktoren entscheidend: Die Kolleginnen, die als Zeugen geladen waren, brachten klar ihre feste Solidarität zum Ausdruck. Das drückte sich auch darin aus, daß sie in ihren Aussagen darauf beharrten, daß die Arbeitsniederlegung von allen betroffenen Arbeiterinnen ausgegangen sei und daß sie völlig berechtigt war. Annette konzentrierte sich in ihrer Prozeßführung darauf, nachzuweisen, daß die Behauptung, sie habe den Streik inszeniert, willkürlich erfunden wurde, um sie mit diesem Vorwand widerrechtlich wegen ihrer politischen Einstellung aus dem Betriebsrat zu beseitigen.

Die Erfahrungen zeigen, daß es möglich ist, erfolgreiche Kämpfe für die Verteidigung der Roten Betriebsräte zu führen. Voraussetzung ist natürlich, daß der Rote Betriebsrat es versteht, sich immer besser mit den Massen zu verbinden, daß er sich das Vertrauen der Kollegen erwirbt. Das ist nur möglich, wenn er konsequent an der revolutionären Linie festhält und sich dabei immer unermüdlich und mit ganzer Kraft für die Interessen und Forderungen der Kollegen einsetzt. Er muß sich ihre Sorgen und Nöte zu eigen machen und darf sich auf keinen Fall überheblich über ihre Ansichten und Fragen sowie über ihre Kritik an ihm hinwegsetzen. Eine andere wichtige Lehre ist dies: Natürlich lassen sich Rote Betriebsräte niemals durch das BVG zum Verrat an den Kollegen zwingen, aber dies bedeutet keineswegs, daß es richtig ist, in leichtfertiger Weise offen gegen das BVG zu verstoßen, so daß die Kapitalisten und Bonzen leichtes Spiel beim Hinauswurf des ihnen so verhaßten „Roten" haben. Die Kollegen erwarten von uns, daß wir umsichtig, taktisch klug und ebenso flexibel wie prinzipienfest zu Werke gehen. Natürlich gibt es Situationen, wo es sogar geradezu Verrat wäre, wenn ein Roter Betriebsrat sich scheuen würde, offen das BVG zu brechen. In bestimmten Streiksituationen, wo jede Zweideutigkeit eine demoralisierende Wirkung haben kann, ist dies der Fall. Aber solche Situationen sind nicht alltäglich.

Wir Kommunisten sind uns darüber klar: Die Institution der Betriebsräte ist von der Bourgeoisie geschaffen worden, um die Arbeiter in den Betrieben vom revolutionären Kampf abzuhalten. Aber Rote Betriebsräte brauchen wir dennoch. Sie können den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter und Angestellten unterstützen, sie können nicht mehr, aber auch nicht weniger sein, als Stützpunkte für den revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus. Als solche bilden sie eine Verbesserung unserer Kampfpositionen, und deshalb müssen wir sie verteidigen: Im Interesse des Kampfes für die proletarische Revolution, für den gewaltsamen Sturz dieses Ausbeuterstaates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Betriebssport-Gemeinschaft Borsig:

Sport fürs Borsig-Kapital

In fast allen größeren Betrieben gibt es Betriebssportmannschaften, für die sich viele Kollegen interessieren, weil sie sportbegeistert sind und gerne Sport mit ihren Kollegen treiben. Doch daß die Kapitalisten ganz andere Absichten mit den Betriebsmannschaften haben, zeigt folgender Artikel aus dem „Borsighammer", der Betriebszeitung der KPD/ML bei Borsig in Westberlin.

„Vor kurzem fand ein ‚Stiftungsfest' der ‚Betriebssportgemeinschaft Borsig' (BSG) in der Deutschlandhalle statt. Die 250 Karten waren sofort weg, weil Geschäftsleitung und Betriebsrat sich gleich den größten Teil davon unter den Nagel gerissen hatten. Der Betriebsrat hatte für sich und seine Spezis allein über 100 eingesackt. Viele aktive Mitglieder, die das ganze Jahr über für Borsig gespielt haben, bekamen keine Karten mehr. Es wird Zeit, daß mal zu dieser BSG etwas gesagt wird. In den drei Sportarten Fußball, Tischtennis und Gymnastik spielen und turnen fast nur Kollegen. Im Vorstand des Vereins aber sitzen an ausschlaggebender Stelle nur Bonzen und Bosse: Lück, Richtein, Fieber, Thon, Franzmann usw., das ganze Pack von Ausbeutern und Verrätern zusammen. Das sind natürlich alles Leute, die nicht aktiv spielen. Aber die Politik des Vereines machen sie. Die Gelder verteilen sie. Feste organisieren sie und schwingen große Reden.

Für Borsig hat dieser Verein mehrere Vorteile: 1. Die Borsigkapitalisten tun so, als seien wir beim Sport und bei Geselligkeit ‚eine große Familie': Kollegen, Meister, höhere Angestellte, Geschäftsleitung und Betriebsratsbonzen in einem Verein. Bei Feiern wie dem ‚Stiftungsfest' sollen wir uns zusammen mit den Leuten betrinken und amüsieren, die uns Jahr für Jahr auspressen und schikanieren, sich auf unsere Kosten bereichern oder uns berufsmäßig verraten. Borsig wünscht sich, daß wir uns bei Wein, Weib und Gesang mit unseren Ausbeutern und Unterdrückern versöhnen und in festlicher Atmosphäre unseren Haß auf sie und das ganze kapitalistische System vergessen. (...)

2. Die Borsigkapitalisten wollen den Anschein erwecken, als würden sie etwas für die Gesundheit der Kollegen tun. In Wirklichkeit dient der Verein wie der Sport im Kapitalismus überhaupt unter anderem dazu, die ausgelaugte und ausgepreßte Ware Arbeitskraft zur neuen Ausbeutung wiederherzustellen. Wenn es den Unternehmern wirklich um die Gesundheit der Kollegen ginge, hätten sie schon längst die zahlreichen Unfallgefahren im Betrieb beseitigt, für klimatisierte Hallen und Büros gesorgt, die Arbeitshetze abgestellt usw. Es geht ihnen eben nur um den Profit.

3. Die Borsig-Kapitalisten schmücken sich mit den sportlichen Leistungen der Arbeiter und Angestellten wie mit fremden Federn. Betriebsrat Lück hob groß hervor, daß die 1. Mannschaft in die Liga aufgestiegen sei und verbucht das als einen Erfolg für die Firma. So wird die sportliche Begeisterung und der Kampfgeist der Kollegen ausgenutzt, um das Ansehen dieses Ausbeuterbetriebes zu steigern. Genau wie überall in der kapitalistischen Gesellschaft gibt es auch im Sport keine gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitern und Angestellten einerseits, den Kapitalisten und ihren gekauften Subjekten andererseits. (...)

Damals, in der Weimarer Republik, schuf sich die Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei Arbeitersportvereine, um sich für den Kampf gegen den Kapitalismus, für den Klassenkampf fit zu halten. Viele ältere Kollegen kennen noch diese Arbeitersportvereine und haben teilweise selbst da mitgemacht. Schon wieder gibt es einzelne solcher Sportvereine in Westdeutschland. Eines Tages werden auch bei uns die Kollegen solchen klassenversöhnlerischen Vereinen wie der BSG einen Tritt versetzen und die Bonzen und Bosse unter sich lassen. Die Arbeiterklasse muß körperlich gerüstet sein, denn es wird unweigerlich zu Auseinandersetzungen und Schlachten mit dem kapitalistischen Staatsapparat kommen, wenn sie den Kapitalismus stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten wird.

Meldungen aus den Betrieben

DÖRNEMANN/RECKLINGHAUSEN

Bereits vor Weihnachten stellten Kollegen der Firma Dörnemann gemeinsam mit ihrem Roten Betriebsrat folgende Forderungen auf. Als erstes forderten sie, daß eine Mauer in ihrer Werkstatt gezogen werden müsse, weil sie nicht weiter die gefährlichen Nitrodämpfe der Nitrofarbe einatmen wollten. Als zweites forderten sie eine Lüftungsanlage, weil die Toiletten und der Frühstücksraum untereinander verbunden sind. Als drittes forderten sie eine tariflich abgesicherte Leistungszulage von 5%. Laufend brachte der Rote Betriebsrat die Forderungen auf die Tagesordnung. Die Kollegen unterstützten ihn und sagten, er solle nicht locker lassen, sie würden hinter ihm stehen. Nach fast 4-monatigem Kampf konnten die Kollegen mit ihrem Roten Betriebsrat jetzt alle Forderungen durchsetzen.

KRANKENHAUS/NEUKÖLLN

Im Neuköllner Krankenhaus (Westberlin) finden zur Zeit die Personalratswahlen (entsprechen den Betriebsratswahlen) statt. Neben der Liste der ÖTV stehen dort noch ca. 9 weitere Listen zur Wahl. In einem Extrablatt der Betriebszeitung „Das Rote Rezept" rufen die Genossen der Partei die Kollegen auf, die Wahl zu boykottieren, denn keine der Listen ist fortschrittlich und nützt dem Kampf der Arbeiter und Angestellten im Krankenhaus. Auch die Tatsache, daß auf den hinteren Plätzen der ÖTV-Liste einige fortschrittliche Kollegen kandidieren, ändert daran nichts. Wer deshalb, wie die GRF an diesem Krankenhaus, deswegen dazu aufruft, die ÖTV-Liste zu wählen, ruft in Wirklichkeit dazu auf, die Reaktionäre und Revisionisten, die auf den vorderen Listenplätzen stehen, zu wählen. Die einzige Alternative wäre die Aufstellung einer Roten Liste gewesen, was aber nicht gelungen ist.

MERCK/DARMSTADT

Vor kurzem wurden im Vertrauensleutekörper von der Firma Merck die Lohnforderungen für die Chemie-Tarifrunde in Hessen diskutiert. Zur Diskussion standen die Forderungen 135 DM, 150 DM und 170 DM für alle. Während die Masse der Vertrauensleute sich für die 170 DM Forderung aussprach, betrieb der KBW eine Politik gegen die Interessen der Kollegen. 170 DM für alle sei eine Forderung, auf der eine breite Einheit der Chemie-Arbeiter nicht herzustellen sei. Bei 150 DM oder bei einer Prozentforderung, mindestens aber 150 DM, sei das schon eher möglich, behaupteten Vertrauensleute des KBW. Bei der Abstimmung waren die meisten Vertrauensleute für 170 DM, der KBW stimmte für 150 DM.

Auf der etwas später stattfindenden Vertrauensleuteversammlung auf Verwaltungsebene stimmten ebenfalls die Mehrheit der Vertrauensleute für 170 DM, der KBW wieder für 150 DM. Einer Reihe von Kollegen im Betrieb forderten sogar mehr als die 170 DM und sie waren erst recht über die Forderung des Gewerkschaftsapparates von 50 DM und 5% empört, denn auch die Kollegen in anderen Betrieben und Verwaltungsstellen Hessens hatten entschieden mehr gefordert.

Revisionistisches

RENTEN IN DER DDR: 90% FÜR DIE BONZEN, 40% FÜR DAS VOLK

Kürzlich war ich zu Besuch bei Verwandten in der DDR. Ich hatte die Möglichkeit, mich mit einem Angestellten der Bank für Handwerk und Gewerbe in dieser mittelgroßen Stadt zu unterhalten. Es ging um Sozialversicherung und Altersversorgung in der DDR. Wie er mir berichtete, erhalten Arbeiter und Angestellte in der DDR in der Regel eine Rente in Höhe von ca. 40% ihres vorherigen Nettolohnes. Da ein Arbeiter heute in der DDR im Schnitt einen Nettolohn von 500 bis 600 DM im Monat verdient, erhält er ungefähr eine Rente von 200 bis 250 DM. Das reicht kaum für das Allernötigste. Kennzeichnend für die Privilegien der neuen Bourgeoisie ist aber die Altersversorgung für die Spitzenfunktionäre des Staatsapparates und der Revisionistenpartei: Sie haben sich kürzlich 90% ihres sowieso vielfach höheren Gehalts als Rente genehmigt.

Daß die Werktätigen in der DDR darüber empört sind, erfährt man in solchen und anderen Gesprächen. Und so ist es auch besonders wichtig, daß die Menschen in der DDR erfahren, wie es in einem wahrhaft sozialistischen Land wie der Volksrepublik Albanien aussieht, wo nicht nur **jeder** einen gut versorgten Lebensabend verbringen kann, sondern auch die Lohnunterschiede nicht nur wesentlich geringer sind, sondern immer weiter abnehmen — zugunsten der Arbeiter und Bauern, die dort eben tatsächlich die Herren des Staates sind.

POLEN: KEINE ARBEITERPARTEI

Daß die Revisionisten in Polen immer noch ihre Partei „Vereinigte Arbeiterpartei Polens" nennen, ist in der Tat reiner Hohn. Nicht nur an der Politik der Partei zeigt sich, daß sie unter der Führung einer neuen Bourgeoisie steht und deren Instrument gegen die Arbeiterklasse Polens ist, sondern auch die soziale Zusammensetzung der Partei beweist das in aller Deutlichkeit.

So sitzen im Politbüro und im Sekretariat des Zentralkomitees der polnischen Revisionistenpartei, die aus 23 Mitgliedern bestehen, nur zwei, die eine gewisse Zeit unter der Arbeiterschaft verbracht haben. Außerdem zeigt selbst die soziale Struktur der polnischen Revisionistenpartei sehr gut, daß eine Kaste von Bürokraten und Technokraten die Zügel in Händen hält. 1973 machten die Arbeiter 10,8% der Gesamtzahl der Parteimitglieder aus, während die Lehrer 21,9%, die Ärzte 25,1%, die Professoren und Dozenten und andere 39,9% ausmachten. Die Vorherrschaft der bürgerlichen Intelligenz hat die Arbeiter beiseite geschoben, die die Gierek-Clique als für sie „unerträgliche Sektierer" verjagt hat. Allein in der Periode vom 2. bis zum 4. Parteitag der polnischen Revisionistenpartei wurden 600000 Parteimitglieder ausgestoßen und zwischen dem 6. und 7. Parteitag waren es über 100000 weitere Arbeiter, die aus der Partei ausgestoßen wurden. Inzwischen haben Tausende und aber Tausende andere Arbeiter die Parteibücher abgegeben und sind aus der polnischen revisionistischen Partei ausgetreten, da sie in ihr eine Partei sehen, die die Interessen der bürgerlichen machthabenden Kaste gegen die Arbeiterklasse verteidigt.

ALKOHOL IN DER DDR

Nach Angaben des Vizeinnenministers der DDR, Eichhorn, steigt die Zahl der Alkoholiker in der DDR ständig an. Auch die Unfälle, die auf Alkoholeinwirkung zurückgehen, nehmen zu. 1973 wurden 18000 Menschen die Führerscheine entzogen, weil sie in angetrunkenem Zustand Auto fuhren. 1974 waren es bereits 22696 Menschen.

Gemeinsame Erklärung des ZK der KPD und des ZK der KPD/ML zum Roten 1. Mai!

Das ZK der KPD/ML und das ZK der KPD haben zum diesjährigen 1. Mai eine Aktionseinheit beschlossen. Sie werden am internationalen Kampftag der Arbeiterklasse in verschiedenen Städten Westdeutschlands und in Westberlin gemeinsam revolutionäre Maidemonstrationen durchführen.

1.) Die internationale Lage ist am diesjährigen 1. Mai durch wachsende Unruhe in der ganzen Welt gekennzeichnet. Alle grundlegenden Widersprüche der Welt haben sich weiter zugespitzt und verschärft.

Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, die Völker wollen Revolution. Diese historische Tendenz schreitet unaufhaltsam voran.

Die Völker der dritten Welt entfalten immer machtvoller ihren Kampf gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte. Die Völker und Staaten der dritten Welt treten weiter als Hauptkraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Vorherrschaftsstreben (Hegemonismus) hervor. In den kapitalistischen und revisionistischen Ländern, die von lang andauernden wirtschaftlichen und politischen Krisen geschüttelt werden, nimmt der Kampf des Proletariats und der Werktätigen gegen die monopolkapitalistische Ausbeutung und politische Unterdrückung, für die sozialistische Revolution und die Errichtung, bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats einen weiteren Aufschwung.

Die sozialistischen Länder, vor allem die Volksrepublik China und die Volksrepublik Albanien, erzielten neue große Siege im Kampf für die Festigung der Diktatur des Proletariats und beim Aufbau des Sozialismus.

Die marxistisch-leninistischen Parteien, Organisationen und Kräfte in der ganzen Welt erstarken und entwickeln sich im Kampf gegen den modernen Revisionismus.

Das internationale Proletariat, die unterdrückten Völker und unterjochten Nationen schließen sich noch enger zusammen und kämpfen gemeinsam gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, für die Niederschlagung des Imperialismus, des modernen Revisionismus und der Reaktionäre aller Länder und für die Beseitigung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Erdball, damit die gesamte Menschheit ihre Befreiung erlangt.

Aber ebenso offensichtlich, wie die Faktoren für die Revolution, wachsen die Faktoren für den Krieg. Die Rivalität der beiden Supermächte um Hegemonie und Weltherrschaft wird immer heftiger, wobei der sowjetische Sozialimperialismus die aufstrebende, aggressivere und gefährlichere Supermacht ist.

Hinter dem Rauchvorhang ihrer Friedens- und Entspannungsdemagogie treffen die Supermächte fieberhaft Kriegsvorbereitungen und rüsten miteinander um die Wette auf. Ihre Rivalität bildet die Quelle eines neuen Weltkriegs, und die Völker der Welt müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Die Unvermeidlichkeit von Kriegen wird erst beseitigt werden durch die weltweite Niederschlagung des Imperialismus, durch den weltweiten Sieg der Arbeiterklasse in der proletarischen Weltrevolution.

Zur Erhaltung des Weltfriedens ist es notwendig, den Imperialismus unentwegt zu entlarven, die Volksmassen zum Kampf gegen den Imperialismus, vor allem die beiden Supermächte, zu mobilisieren und organisieren und sich dabei auf die Entwicklung der Kräfte der sozialistischen Länder, auf die revolutionären Kämpfe des Proletariats und der Werktätigen aller Länder, auf den Befreiungskampf der unterdrückten Nationen, auf den Kampf aller friedliebenden Völker und Staaten und auf die breite Einheitsfront gegen die beiden Supermächte und ihre Lakaien zu stützen.

Es muß eine internationale Einheitsfront, mit dem internationalen Proletariat als Kern und der dritten Welt als Hauptkraft, gegen die beiden Supermächte, die Hauptfeinde der Menschheit, gebildet werden, wobei auch die zunehmenden Widersprüche zwischen den Supermächten und den entwickelten kapitalistischen — einschließlich der revisionistischen — Länder von der Arbeiterklasse und den Volksmassen aller Länder ausgenutzt werden müssen.

Sollten die Supermächte einen Weltkrieg entfesseln, sind sie zum Scheitern verurteilt. Wenn die Revolution den Krieg nicht verhindert, dann wird der Krieg unweigerlich die Revolution hervorrufen. Letzten Endes sind es die Völker, die den Krieg, den Frieden und die Freiheit gewinnen werden.

2.) Am diesjährigen 1. Mai in Westdeutschland hält die tiefgreifende kapitalistische Wirtschaftskrise immer noch an. Diese Krise, die die gesamte kapitalistische und revisionistische Welt ergriffen hat, ist ein Ausdruck der dem Kapitalismus innewohnenden unlösbaren Widersprüche, Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus, Ausdruck seiner Fäulnis bei lebendigem Leib.

Die Lasten dieser Wirtschaftskrise wälzt die westdeutsche Monopolbourgeoisie auf die Werktätigen ab und verschärft die Ausbeutung und Ausplünderung der Massen mit allen Mitteln. Das hat im vergangenen Jahr zu einem weiteren Absinken des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und der Werktätigen geführt; zu einem Millionenheer von Arbeitslosen, und die allgemeine Unsicherheit der Existenz hat noch zugenommen. So bringt die Krise die Unversöhnlichkeit der Klassenwidersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Monopolbourgeoisie mit aller Schärfe zum Ausdruck.



Einheitsblock an der Spitze der Roten 1. Mai-Demonstration 1975 in Dortmund.

Die Monopolbourgeoisie bereitet sich auf die kommenden großen Klassenauseinandersetzungen vor, indem sie den Staatsapparat als gewaltsames Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse immer mehr ausbaut und mit verschärfter politischer Unterdrückung gegen die Arbeiterklasse, besonders gegen ihre revolutionäre Vorhut und gegen die Volksmassen vorgeht.

Sie trägt andererseits, besonders mit Hilfe der modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW und des DGB-Apparates, die konterrevolutionäre Ideologie der Klassenversöhnung, der Einstellung des proletarischen Klassenkampfs gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung unter die Massen.

Die SPD/FDP-Regierung ist unter der Losung der „inneren Reformen" angetreten. Das Ergebnis: als geschäftsführender Ausschuß der Monopolbourgeoisie brachte sie Reformen für die Monopole und verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen.

Die KPD/ML und die KPD stellen den reaktionären Maikundgebungen des DGB den Roten 1. Mai, den Phrasen von Sozialpartnerschaft und der Propagierung der Klassenversöhnung und der Unterstützung der imperialistischen Regierungspolitik die revolutionären Kampfaktionen des Proletariats entgegen, das für seine Tagesforderungen und für den revolutionären Sturz der Ausbeuterordnung überhaupt demonstriert.

3.) Deutschland ist in vieler Hinsicht ein getreues Abbild der Weltlage. Wenn es der USA-Imperialismus und der westdeutsche Imperialismus, die die Spaltung Deutschlands durchführten, so sind es heute der russische Sozialimperialismus und die Honecker-Clique, die lauthals verkünden, es gäbe keine deutsche Nation, kein deutsches Volk mehr. Heute sind vor allem die beiden Supermächte an der Spaltung Deutschlands interessiert.

Die DDR ist heute von den russischen Sozialimperialisten militärisch besetzt, wirtschaftlich vollkommen abhängig und wird von ihren ergebenen Lakaien, dem sozialfaschistischen Honecker-Regime, regiert.

Die BRD ist eine eigenständige imperialistische Macht, die mit dem USA-Imperialismus verbündet ist und seiner Einmischung unterliegt. Truppen des USA-Imperialismus stehen auch heute noch auf deutschem Boden. Beide deutsche Staaten sind gegen den Willen des deutschen Volkes in die aggressiven, unter Führung der Supermächte stehenden, Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt eingegliedert. Die Anwesenheit sowjetischer und amerikanischer Truppen auf deutschem Boden laufen den grundlegenden Interessen des deutschen Volkes zuwider.

Sowohl die westdeutsche Monopolbourgeoisie als auch die neue, staatsmonopolistische Bourgeoisie der DDR treten die sozialen und nationalen Interessen der deutschen Volkes mit Füßen.

Der Kampf für die Vertreibung der beiden Supermächte von deutschem Boden und für die nationale Unabhängigkeit und Einheit ist daher heute ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse in ganz Deutschland für die Durchführung der sozialistischen Revolution und die Errichtung, bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Unter Führung der Kommunistischen Partei wird die Arbeiterklasse in Ost und West ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland erkämpfen.*)

Die KPD/~~ML~~ erklärt:

Frieden, Unabhängigkeit, Einheit und Sozialismus kann sich das deutsche Volk nur unter Führung der Arbeiterklasse erkämpfen. Weder die imperialistische Bourgeoisie der Bundesrepublik noch die sozialfaschistische Honecker-Clique können die Sache der Nation führen. Nicht die Armeen der Bourgeoisie, Bundeswehr und „Nationale Volks"-Armee, sind in der Lage, den Schutz der Heimat und der Interessen der deutschen Nation wahrzunehmen. Die können allein die bewaffneten Volksmassen, geführt von der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei. „Nationale Volks"-Armee und Bundeswehr haben die Aufgabe, das Volk hier und drüben zu unterdrücken und Aggressionen gegen andere Völker auszuüben, wie die Beteiligung der „Nationalen Volks"-Armee beim Überfall auf die Tschechoslowakei lehrt.

Es gilt, die Arbeiterklasse unseres Landes, in der BRD und der DDR, und unser ganzes Volk im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte, die Hauptkriegstreiber, vor allem den sowjetischen Sozialimperialismus, zusammenzuschließen und sie in die weltweite Einheitsfront gegen die beiden Supermächte einzureihen. Es gilt, die Weltkriegsgefahr zu bekämpfen und Vorbereitungen auf den Kriegsfall zu treffen, die Verteidigungsbereitschaft der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu erhöhen. Die Arbeiterklasse als führende Kraft des Kampfes um nationale Unabhängigkeit, Einheit und Sozialismus muß sich breit mit national und patriotisch gesinnten Kräften zusammenschließen. Gegen die Vorherrschafts- und Kriegspläne der Supermächte muß sie für die Unabhängigkeit und Einheit der europäischen Völker und Staaten eintreten. In der Situation einer Aggression einer der beiden Supermächte gegen unser Land muß die Arbeiterklasse diesem imperialistischen Krieg den revolutionären Krieg entgegensetzen. Dieser revolutionäre Krieg richtet sich auch gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die neue Bourgeoisie der DDR, wenn diese auf der Seite der einen oder anderen Su-

Forts. auf S. 7, Sp. 1

Vom Aufbau des Sozialismus

NEUES KRAFTWERK AM GELBEN FLUSS

Kürzlich ist in der Bapan-Schlucht am Oberlauf des Gelben Flusses in der Provinz Kansu ein Wasserkraftwerk mit einer Kapazität von 180000 Kilowatt fertiggestellt worden und liefert auch bereits Strom, wodurch die Wasserressourcen des Flusses rationeller genutzt werden können.



WARUM ES IN CHINA KEINE SLUMS MEHR GIBT

Elendsviertel gibt es in vielen kapitalistischen Großstädten. Die zeigen am deutlichsten die absolute Verelendung der Arbeiterklasse im Kapitalismus.

Schanghai, Chinas größte Stadt, hatte unter der Herrschaft der Imperialisten viele solcher Slums. Eines davon heißt Fangualung. Vor der Befreiung kamen viele Bauern mit ihren Familien nach Schanghai, da sie auf dem Land an Hunger litten und nicht mehr leben konnten. Sie hofften, in Schanghai Arbeit und Brot zu finden. Aber diese Hoffnung wurde bald zerstört. Während die einen Arbeit suchten, mußten die anderen den Lebensunterhalt auf der Straße erbetteln. Sie schliefen, die ganze Familie dichtgedrängt, in feuchten, kleinen Strohhütten, in denen man nicht mal aufrecht stehen konnte.

Im Sommer, wenn es so viel regnete, floß das Wasser aus den vielen stinkenden Kloaken der Gäßchen in die Strohhütten, so daß die Strohmatten bald völlig verfaulten. Im Winter erfroren viele. Damals sagten die Leute: „Schanghai ist so groß und reich, aber für uns arme Leute gibt es auch hier kein Leben."

Nach der Befreiung wurden unter Leitung der Partei zuerst die Kloaken zugeschüttet und später dann anstelle der Strohhütten Häuser gebaut. Jeder bekam jetzt Arbeit. Eine alte Frau erzählte uns, wie sie mit ihrer fünfköpfigen Familie in ein solches Wohnhaus gezogen ist. Damals konnte sie das Glück gar nicht fassen und weinte vor Freude. Vor der Befreiung lebten 20000 Menschen in Fangualung, aber nicht einer hatte fließend Wasser. Jetzt hat jede Familie mehrere Wasserhähne. Im Viertel gibt es Läden, Post, Krankenhaus, Schulen und Kino und Hausfrauen haben eine kleine Straßenfabrik aufgebaut. Sie sagen immer wieder: „Dies alles konnte nur unter Führung der Kommunistischen Partei mit Vorsitzendem Mao Tsetung, nur durch den Sozialismus möglich werden."

Als Beweis für die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Imperialisten und Kuomintang-Reaktionäre hat man in Fangualung noch eine Strohhütte stehengelassen. Sie wird vor allen Dingen von Schulklassen besichtigt, denn die jungen Erben der Revolution dürfen das alte Leid nicht vergessen und müssen erzogen werden, den Klassenkampf weiterzuführen und die Diktatur des Proletariats zu festigen.

Gutachter stellt fest: chronische Lebensgefahr

Gericht verweigert Haftentlassung

Der RAF-Gefangene Wolfgang Grundmann ist auch nach dem Haftprüftermin am 1. 4. nicht aus der Haft entlassen worden. Obwohl der ärztliche Gutachter Prof. Frey eine „chronische Lebensgefahr" bescheinigte und darauf hinwies, daß der geringste Infekt bei Wolfgang Grundmann zum Tode führen kann, wurde dem Antrag auf Haftentlassung oder Haftverschonung nicht stattgegeben.

Bereits im letzten Dezember hatte ein Gutachter eine Haftentlassung aus gesundheitlichen Gründen von Wolfgang Grundmann befürwortet. Wolfgang Grundmann litt damals an Blutarmut, Kreislaufstörungen, einem Kieferleiden und wog bei einer Größe von 181 cm nur 58 Kilo. Inzwischen wiegt er nur noch 52 Kilo, kann überhaupt keine Nahrung mehr bei sich behalten und wäre an einem einfachen grippalen Infekt beinahe gestorben.

Erst jetzt, als Wolfgang Grundmann in akuter Lebensgefahr schwebte, als aus diesem Grund ein Haftprüfungstermin angesetzt war, beantragte der Staatsanwalt die Verlegung des Gefangenen aus dem Gefängnis in die Universitätsklinik Mainz.

Das ist in dieser Situation nichts als ein Manöver, um die Haftentlassung von Wolfgang Grundmann zu verhindern. Es ist ein Manöver, um „Fürsorge" für einen politischen Gefangenen vorzutäuschen, von der man genau weiß, daß sie nicht wirklich hilft, sondern nur vertuscht.

Denn Tatsache ist, und ärztliche Gutachter haben das bestätigt, daß Wolfgang Grundmann nur geholfen werden kann, wenn er aus der Haft entlassen wird. Er kam als völlig gesunder Mensch ins Gefängnis, krank wurde er dort durch die Haftbedingungen, durch die Isolationshaft!

So lange eine Verlegung in ein Krankenhaus Wolfgang Grundmann noch kurzfristig geholfen hätte, hat die Gefängnisleitung diese nicht vorgenommen. Das geschieht erst jetzt, aus dem einzigen Grund, damit Wolfgang Grundmann nicht im Gefängnis stirbt. Genauso ist die bürgerliche Klassenjustiz bei Katharina Hammerschmidt vorgegangen; ähnlich geht sie momentan bei Karl-Heinz Roth vor. Angesichts dieser offensichtlichen und kaltblütigen Brutalität, mit der die Klassenjustiz hier gegen politische Gefangene vorgeht, gibt es nur einen Weg, auf dem ihr Leben gerettet werden kann: die Solidarität der fortschrittlichen Menschen.

Prozeß gegen GRF-Genossen in Westberlin

Hohe Gefängnisstrafen

Am 6. 4. wurden in Westberlin Genosse Christian Heinrichs und Sieghard Gummelt zu 12 Monaten bzw. 9 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Genosse Christian Heinrichs ist presserechtlich Verantwortlicher für eine ganze Reihe Flugblätter gewesen, Sieghard Gummelt hat in einer Erklärung begründet, warum er als ehemaliger Polizist Sympathisant der GRF wurde. Beiden Genossen wird vorgeworfen, im Zusammenhang mit der Bethanienkampagne der GRF, zu gewaltsamen Maßnahmen gegen die Polizei aufgerufen zu haben und in Flugblättern und Gesprächen mit Westberliner Polizisten das Ziel verfolgt zu haben, die Polizei zu zersetzen. (§ 89 StGB).

Die Staatsanwaltschaft hatte zu diesem Prozeß eine 47seitige Anklageschrift vorgelegt. In ihr werden nicht nur die angeblichen Straftaten der Genossen aufgeführt. Gleichzeitig läßt sich die Staatsanwaltschaft lang und breit über die politischen Ziele der GRF aus, wobei sie sich auf Zitate konzentriert, in denen vom bewaffneten Kampf die Rede ist. So heißt es zum Beispiel: „Aus den vielen ausdrücklichen Hinweisen darauf, daß die Revolution nur durch den bewaffneten Kampf des Volkes erreicht werden kann, folgt, daß bewaffnete Volksmassen die innere Sicherheit der BRD und damit auch Berlins, beeinträchtigen wollen." Auf diese Weise wurde versucht, der „Gefährlichkeit" der GRF in der Bethanien-Kampagne größeres Gewicht zu verleihen und so die hohen Strafen zu „rechtfertigen".

Es ist nicht neu, daß die Bourgeoisie die „Sicherheit" der Bundesrepublik durch Verbreiten von Flugblättern und durch mündliche Agitation unter Soldaten oder auch unter Polizisten gefährdet sieht. Neu ist dagegen, daß sie diese „Sicherheit" auch in Westberlin in Gefahr sieht, das juristisch überhaupt nicht zur Bundesrepublik gehört.

Abgesehen von dieser Besonderheit reiht sich dieser Prozeß gegen zwei Genossen der GRF in verschiedene Prozesse gegen presserechtlich Verantwortliche Genossen ein, in denen die Bourgeoisie mit hohen Gefängnisstrafen gegen diese Genossen vorgeht. So wurde Martin Peleikis zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt wegen eines einzigen antimilitaristischen Flugblattes der KPD/ML, für das er verantwortlich war. Ulrich Grober erhielt 6 Monate Gefängnis wegen verschiedener Flugblätter, Michael Banos erhielt 7 Monate Gefängnis, weil er presserechtlich verantwortlich für eine Reihe von Flugblättern der RHD war. Und auch in Westberlin steht der Prozeß gegen die beiden Genossen der GRF nicht allein. Im Juli beginnen Prozesse gegen den Sektionsvorsitzenden der KPD/ML, Thomas Scheffer. Staatsanwalt Weber teilte dem Genossen bereits mit, daß er sich nach den Prozessen gegen die GRF gründlicher mit der KPD/ML beschäftigen werde!

Alle diese Prozesse zeigen, welch ein Hohn es ist, wenn die Vertreter der Bourgeoisie von „Presse- und Meinungsfreiheit" in der Bundesrepublik reden. Sie zeigen aber auch, daß die kommunistische und revolutionäre Presse durchaus nicht so bedeutungslos ist, wie die Staatsanwälte sie in den Prozessen gerne hinstellen. Die Bourgeoisie bekämpft sie nicht deshalb, weil sie so wenig Wirkung erzielt, sondern weil sie eine Waffe ist, die die Bourgeoisie offensichtlich immer mehr fürchten muß.

Freiheit für die kommunistische und revolutionäre Presse!



MÜNSTER

Am 16. April wird Genosse Heinz Baron 31 Jahre alt. Genosse Heinz sitzt zur Zeit wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 in Münster im Gefängnis. Er wurde zu einer Strafe von 16 Monaten verurteilt.

Wir möchten unsere Leser bitten, Genossen Heinz möglichst zahlreich zu seinem Geburtstag zu schreiben. Seine Adresse: 44 Münster, JVA, Gartenstr. 26

HESSEN

Auch Staatsanwälte sagen manchmal die Wahrheit — im internen Kreis. So konnte man jetzt über aufschlußreiche Äußerungen des Staatsanwaltes Weiss-Bolland (Staatsanwalt beim Landgericht Hanau) in der Zeitung lesen. Er sagte am 3. 6. 1975 im Rahmen eines Einführungslehrganges für Referendare unter anderem:

„Demonstranten beschuldigen Polizeibeamte immer wieder verschiedenster Übergriffe. Ich bin überzeugt davon, daß ein Großteil dieser Beschuldigungen zutrifft. Aber nachweisbar sind solche Übergriffe so gut wie nie, weil Polizeibeamte sich durch entlastende Aussagen in der Regel wechselseitig decken. (...) Ich weiß, ich weiß, Sie haben Rechtsstaatsbedenken. Aber Sie müssen folgendes bedenken: Diese wechselseitige Deckung von Polizeibeamten ist unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren einer Polizei, wie wir sie brauchen. (...) Wenn ich den Polizisten bejahe, der nach vorne rennt, um sich mit Linksradikalen zu prügeln unter Einsatz seiner Gesundheit, dann muß ich diesem Charakter auch zugestehen; hierbei einmal zu weit zu gehen. (...) Sie müssen verstehen, daß die Kameradschaft, die hierin zum Ausdruck kommt, einfach notwendig ist, wenn wir nicht das Funktionieren von Verbänden wie der Polizei oder auch der Bundeswehr, wo sich das Problem ähnlich stellt, in Frage stellen wollen. Wo kämen wir denn hin, wenn ein Polizist sich nicht mehr auf diese Kameradschaft seiner Kollegen verlassen könnte, wenn er sich nicht mehr darauf verlassen könnte, daß sein Kamerad zu ihm hält und ihn notfalls auch deckt."

Angesichts dieser offenen Worte, dürfte sich ein Kommentar zur von den Gerichten oft zitierten Glaubwürdigkeit der Polizeizeugen erübrigen.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.: 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Polizeimanöver gegen Demonstranten

Korrespondenz. Als ich vor kurzem durch eine kleinere Stadt in der Nähe von Nürnberg fuhr, fielen mir plötzlich mehrere Mannschaftswagen der Polizei auf, die am Straßenrand abgestellt waren. Ich hielt an, um zu sehen, was los war. Auf dem Platz gleich in der Nähe wimmelte es nur so von Bereitschaftspolizei. Die Polizisten waren mit Helmen und Plastikschilden ausgerüstet und schlugen mit Schlagstöcken auf „Demonstranten" ein. Die „Demonstranten" liefen mit ihren Protestschildern um ein Gebäude herum und versuchten, den Schlägen zu entkommen. Als ich voller Empörung näher heranging, bemerkte ich, daß dieselben „Demonstranten" wieder zurückkamen. Da wurde mir klar, daß es sich hier um eine Übung handelte: Die „Demonstranten" waren Polizisten.

Was schon bei den Vorgängen in Whyl, bei Hausbesetzungen in Frankfurt und beim Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen deutlich wurde, das zeigt sich an solchen Manövern wieder: Nicht zur Verbrechensbekämpfung, nicht zu unserem Schutz wird die Polizei eingesetzt, sondern um die Interessen des Kapitals mit brutaler Gewalt durchzusetzen.

SPENDEN FÜR DEN ROTEN MORGEN

W.H. München, 4.3.76	70,-- DM
Büchertisch Großveranstaltung Dortmund 7.3.76	37,89 DM
Kunden Parteibüro Dortmund	40,00 DM
W. Selm, 16.3.76	10,00 DM
F. Siegburg, 16.3.76	10,00 DM
W.K. Essen, 17.3.76	12,00 DM
U.F. Mainz, 20.3.76	10,00 DM
R.U. Göttingen, 22.3.76	61,48 DM
Kunden Parteibüro Dortmund, 26.3.76	12,00 DM
H. J. Sch. Ritterhude, 26. 3. 76	20,00 DM
Genossen aus Bochum, 31.3.76	50,00 DM
SUMME	263,37 DM

NEUES ROTER MORGEN SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung des ROTEN MORGEN bitte auf das Konto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911

(Verlag G. Schneider)

Gemeinsame Erklärung...

Fortsetzung von Seite 6

permacht stehen, was unter den heutigen Umständen aller Voraussicht nach der Fall wäre. Die Arbeiterklasse wird in einem solchen Krieg weder dem Weltherrschaftsstreben der einen oder anderen Supermacht dienen noch den imperialistischen Interessen der einheimischen Bourgeoisien. Im Prozeß der ununterbrochenen Revolution kämpft die Arbeiterklasse für die nationale Befreiung und die sozialistische Revolution mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland.

4.) Die KPD erklärt:

Frieden, Unabhängigkeit und Einheit kann sich das deutsche Volk nur selber erkämpfen. Weder die imperialistische Bourgeoisie in der Bundesrepublik noch die neue staatsmonopolitische Bourgeoisie der DDR können die Nation führen. Sie haben sie verraten, verraten sie heute und werden sie auch in Zukunft zur Rettung ihrer Klassenherrschaft vor dem Freiheitskampf des Proletariats verraten. Ebensowenig kann die Bourgeoisie hier oder drüben den Schutz des Friedens übernehmen. Weder die NVA der DDR noch die Bundeswehr werden den Schutz der Heimat und der Interessen der deutschen Nation wahrnehmen. Beides sind imperialistische Armeen, deren Aufgabe Raub und Aggression sowie die gewaltsame Unterdrückung des Volkes sind.

Für den Fall, daß trotz aller Bemühungen des internationalen Proletariats und der Völker der Welt der Kampf der Supermächte um die Weltherrschaft einen neuen Weltkrieg auslöst, werden die Kommunisten bestrebt sein, den imperialistischen Krieg der Supermächte und ihrer Verbündeten mit dem revolutionären Krieg gegen die imperialistischen und sozialimperialistischen Kriegstreiber, gegen die Bourgeoisie, für den Sturz des Kapitalismus zu beantworten.

Kampf um den Frieden und gegen die Kriegsgefahr, sondern muß der Kampf für die Zerschlagung und Liquidierung des Imperialismus sein. Nur auf diese Weise kann man die Kriegsgefahr bannen. Deshalb ist die Revolution der Hauptweg zur Erhaltung des Friedens und Verhinderung des Kriegs.

Die Partei ruft in folgenden Orten zu Roten 1. Mai-Demonstrationen auf:

Hamburg, Bremen, Kiel, Dortmund, Duisburg, Westberlin, Frankfurt, Mannheim, Stuttgart, München, Hannover.

FOLGENDE VERANSTALTUNGEN DER PARTEI ZUM ROTEN 1. MAI STEHEN BEREITS FEST:

WESTBERLIN: 25.4.76, 19 Uhr, Gaststätte „Neue Welt", Hasenheide
SAARBRÜCKEN: 26.4.76, 19 Uhr, Gaststätte „Korns Stuben"
RÜSSELSHEIM: 29.4.76, 19.00 Uhr, Stadthalle Rüsselsheim

Der Kampf um den Frieden ist vom Kampf gegen den Imperialismus nicht zu trennen. Wer den Kampf um den Frieden nur gegen die Kriegsgefahr dirigiert, der bekämpft nur die Folgen und läßt die Ursache, ihre Quelle, unberührt. Wer den Kampf um den Frieden als das Hauptziel bezeichnet, der verweigt nur den Status quo in der Welt. Das Hauptziel der antiimperialistischen Kräfte kann nicht der

5.) Die KPD/ML und die KPD sind sich einig, daß der moderne Revisionismus der Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland ist. Die modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW sind Agentur der Bourgeoisie, eine bürgerliche Strömung in der Arbeiterbewegung. Ihre Aufgabe ist es, das Proletariat politisch, ideologisch und militärisch zu entwaffnen, um das System der Ausbeutung und Unterdrückung zu verewigen und das Proletariat an das Messer der Bourgeoisie zu liefern.

Sie sind Bestandteil der internationalen konterrevolutionären Strömung des modernen Revisionismus, mit dem sowjetischen Sozialimperialismus als Zentrum. Ihre Friedens- und Entspannungsdemagogie soll heute besonders dazu dienen, die Wachsamkeit und Kampfbereitschaft unseres Volkes gegen die beiden Supermächte, vor allem den russischen Sozialimperialismus, einzuschläfern, und macht die D„K"P/„S"EW zu einer 5. Kolonne der Aggressionspläne der Neuen Zaren im Moskauer Kreml. Ohne den modernen Revisionismus zu schlagen, können wir auch den Imperialismus nicht besiegen.

6.) Die KPD/ML und die KPD sind sich darin einig, daß es bei den gemeinsamen 1. Mai-Demonstrationen keinerlei Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW und den trotzkistischen Organisationen der IV. Internationale geben kann. Deren Parolen und Losungen, ebenso, wie alle anderen, die sich gegen die sozialistischen Länder, insbesondere die VR China und die VR Albanien, gegen die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung richten, können auf den 1. Mai-Demonstrationen nicht geduldet werden. Innerhalb der Aktionseinheit muß die Freiheit der Agitation und Propaganda der beteiligten Organisationen gewährleistet sein.

7.) Zwischen den beteiligten Organisationen bestehen schwerwiegende ideologische und politische Differenzen, die von der Aktionseinheit nicht verschleiert werden sollen, diese aber auch nicht unmöglich machen. Die beteiligten Organisationen betrachten die Aktionseinheit vielmehr als einen notwendigen Schritt in dem sich verschärfenden Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der einen bolschewistischen Partei.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch mit den unterdrückten Völkern und Nationen!

Nieder mit Kapitalismus, Imperialismus und Reaktion — Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Stärkt die weltweite Einheitsfront gegen die beiden Supermächte, den russischen Sozialimperialismus und den USA-Imperialismus!

Gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit, gegen politische Unterdrückung in beiden deutschen Staaten! Vereinigt euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger!

Nieder mit dem modernen Revisionismus!

Vorwärts im Kampf für die sozialistische Revolution! Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland!*)

Es lebe der Rote 1. Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse!

*) Anmerkung:

Über die Reihenfolge der Bestandteile der strategischen Hauptlosung konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Deshalb wird jede Organisation die von ihnen für richtig befundene Reihenfolge verwenden.

Beschlossen am 6. 4. 76

Anmerkung: Eingeladen zu den Verhandlungen über eine Aktionseinheit zum 1. Mai waren auch der KBW und der KABD. Beide Organisationen lehnten es aber ab, zu den Verhandlungen zu erscheinen.

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

In der Schule RM-Verkauf durchgesetzt

Liebe Genossen,

ich bin Schüler der 10. Klasse einer Realschule und möchte kurz berichten, wie mir der Verkauf von 10 ROTEN MORGEN in meiner Klasse, die 29 Schüler umfaßt, gelang: Nach einer Geschichtsstunde, aber im Beisein mehrerer Mitschüler, zeigte ich dem Geschichtslehrer einen ROTEN MORGEN und, unter dem Vorwand, daß er mir von Kommunisten verkauft worden sei, schlug ich dem Lehrer vor, einen darin enthaltenen Artikel über den Genossen Stalin als Beitrag zum noch ausstehenden Thema „Stalin und Sowjetunion" zu verwenden.

Der Lehrer wollte mich erst damit abwimmeln, daß ich ein Referat halten könnte. Aber ich bestand darauf, 29 ROTE MORGEN im Parteibüro zu kaufen und an alle Mitschüler weiterzuverkaufen. Nun wollte mich der Lehrer damit abwimmeln, daß sowas verboten sei und daß ich, wenn ich so etwas tun wolle, erst mal mit meiner Zeitung in der Klasse herumfragen müsse, wer sie überhaupt kaufen wolle. Zum Schluß wollte er sogar noch meinen ROTEN MORGEN mitnehmen.

Auf alle diese Dinge habe ich mich aber nicht eingelassen, sondern brachte zur übernächsten Geschichtsstunde 29 ROTE MORGEN mit. Nachdem wir einen Test zurückbekommen hatten, meldete ich mich und erklärte nach kurzer Einleitung vor der Klasse, daß ich die 29 ROTEN MORGEN nun verkaufen wolle. Darauf meinte der Lehrer, in der Stunde gehe so etwas nicht, das müsse ich dann in der Pause verkaufen.

Daraufhin meldete sich ein Schüler und fragte den Lehrer, ob ich den Text nicht wenigstens vorlesen könne. Er erhielt in der Klasse großen Beifall dafür. Der Lehrer gab nach, meinte, das sei natürlich möglich und ließ darüber abstimmen. Die absolute Mehrheit in der Klasse entschied sich für das Vorlesen.

Nachdem ich schon ein ganzes Stück gelesen hatte, unterbrach mich der Lehrer, brachte seinen reaktionären, faschistischen Senf dazu, diffamierte den Text als Lüge und Propaganda und sagte: „Aber vielleicht lernen wir ja auf die Art auch Geschichte." Dann durfte ich weiterlesen, bis ich nach kurzer Zeit wieder und danach noch mehrfach auf diese Weise unterbrochen wurde. Als die Stunde zu Ende war, hatte ich den Artikel etwa zur Hälfte gelesen. Laut Ankündigung des Lehrers sollte es in der nächsten Geschichtsstunde fortgesetzt werden, aber diese fiel leider aus und in der übernächsten wurde aus dem weiteren Vorlesen nichts, weil der Lehrer das Thema kurzfristig für beendet erkläarte, angeblich, um mit seinem Lehrstoff weiterzukommen.

Aber der Lehrer hat trotzdem nicht verhindern können, daß der Klasse nun der ROTE MORGEN bekannt ist. Außerdem habe ich dadurch in den Pausen in meiner Klasse insgesamt 10 ROTE MORGEN verkaufen können. 1 Schüler aus meiner Klasse kommt möglicherweise mit zum Arbeitertreff. Im ROTEN MORGEN stehen genug Dinge, über die ich nun mit meinen Mitschülern diskutieren kann. Und die reaktionären Kommentare des Lehrers beim Vorlesen wurden durch den Text stets von selbst widerlegt.

Rot Front! Ein Rotgardist

Asylverfahren für die vier türkischen Patrioten beginnt

Keine Abschiebung der türkischen Genossen!

Nachdem der Versuch der Stadt Köln, die vier türkischen Patrioten bei Nacht und Nebel in die Türkei abzuschieben, an der Solidarität ihrer Landsleute in der Türkei und in der Bundesrepublik und an der Solidarität der Partei und anderer revolutionärer und fortschrittlicher Organisationen gescheitert ist, beginnt jetzt das Verfahren um politisches Asyl am 21.4.1976. Die erste Instanz des Asylverfahrens findet vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf statt.

Für die türkischen Genossen hat sich die Situation für die Durchführung des Asylverfahrens erheblich verbessert, denn jetzt sind alle drei, die ursprünglich in Köln-Ossendorf inhaftiert waren, in Freiheit. Anfang letzter Woche ist auch Mustafa Tutgun freigelassen worden. H. Yurtdas und Ö. Özerturgut hatte das Landgericht Köln schon im März freigelassen.

Schon an der Tatsache, daß M. Tutgun noch weiter gefangen gehalten wurde, zeigt sich die Willkür in der Behandlung der türkischen Genossen. Denn das Landgericht Köln hatte in der gleichen Besetzung einige Tage vorher wegen der Beschwerde, die M. Tutgun gegen seine Inhaftierung eingelegt hatte, seine weitere Inhaftierung beschlossen. Und zwar deswegen, weil er — wie er angeblich in der Verhandlung vor der Staatsschutzkammer in Köln gesagt haben soll — zur Durchsetzung seiner Ziele die Tötung von „unbeteiligten Dritten" plane oder zumindest in Kauf nehme. In Wirklichkeit hatte Genosse Tutgun vor der Staatsschutzkammer nichts anderes ausgedrückt, als daß der Faschismus in der Türkei nicht anders als mit Gewalt beseitigt werden kann.

Natürlich haben auch die anderen, die knapp eine Woche nach dieser Entscheidung freigelassen wurden, im Prozeß nicht geschwiegen. Die Willkür, die sich deshalb in der Entscheidung des Gerichts zeigt, hängt unter anderem damit zusammen, daß in diesem Verfahren gegen die Türken nicht nur die Gerichte, sondern auch das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst beteiligt sind.

Für diese Herren kann es eben auch „vielversprechend" sein, zwei von drei Genossen freizulassen, in der Hoffnung, den dritten dann leichter „zum Sprechen" bringen zu können.

Diese oder andere hinterhältigen Überlegungen sind aber jämmerlich gescheitert. Einmal wegen des Kampfes um die Freilassung, der sich mit dem Schwerpunkt in Köln entwickelt hatte. Zum andern ließen sich aber auch die türkischen Genossen nicht verwirren und einschüchtern. Über 2 Jahre Isolationshaft haben sie nicht zermürbt. Außerdem trug auch die breite Information der Öffentlichkeit über die Abschiebungsabsichten und über den Kampf um die Freilassung der türkischen Patrioten ein gutes Stück dazu bei.

Dieser Kampf muß weitergeführt werden! Jetzt will der Staatsapparat in dem Asylverfahren herausfinden, ob die türkischen Genossen denn tatsächlich politisch Verfolgte in der Türkei seien! Hieran zeigt sich bereits, mit welchen Absichten die Bourgeoisie das Asylverfahren aufnimmt! Eine Krähe hackt eben der anderen kein Auge aus. Nur unter dem Druck unseres Kampfes wird sich das politische Asyl für die türkischen Genossen hier in der Bundesrepublik erzwingen lassen.

Sofortige Anerkennung der türkischen Genossen als politisch Verfolgte! Keine Auslieferung an das Regime in der Türkei!



Theoretisches Organ der Revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei.
Preis: 1,75 DM. Zu bestellen bei: GeWiSo Hamburg, Postfach 111649.

Norman Bethune in China

Letzte Folge. — Im Jahre 1937 wird Genosse Norman Bethune, ein bekannter kanadischer Arzt von der Kommunistischen Partei Kanadas nach China geschickt. Er teilte in den schweren Kriegsjahren während des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression mit der Armee und dem Volk im Grenzgebiet Schansi-Tschahar-Hopeh Freud und Leid. Er machte die Sache der Befreiung des chinesischen Volkes zu seiner eigenen Sache. Durch seinen hohen internationalistischen Geist und seine selbstlose Arbeit erwarb er sich die Achtung und die Liebe nicht nur des chinesischen Volkes, sondern von Millionen Menschen auf der ganzen Welt. In dieser Folge: Genosse Bethune hat sich infiziert. Im Dorf Huangschikou verschlimmert sich sein Zustand...



Auf dem Weg hatte er Schüttelfrost und erbrach sich mehrmals. Trotzdem sagte er, in Richtung der Front schauend: „Was mich äußerst bekümmert, sind die Kämpfer, die an der Front ihr Blut vergießen. Hätte ich noch Kraft in mir, würde ich an der Front bleiben!"



Am 10. November, als sie das Forf Huangschikou im Kreis Tang erreichten, verschlimmerte sich Bethunes Krankheitszustand immer weiter. Nachdem die Leitung des Militärbezirks davon erfahren hatte, verlangte sie, daß mit allen Mitteln versucht werden müsse, sein Leben zu retten.



Die Sanitätsabteilung des Militärbezirkes schickte Ärzte. In derselben Nacht eilten sie zu Genossen Bethune, um ihn zu retten.



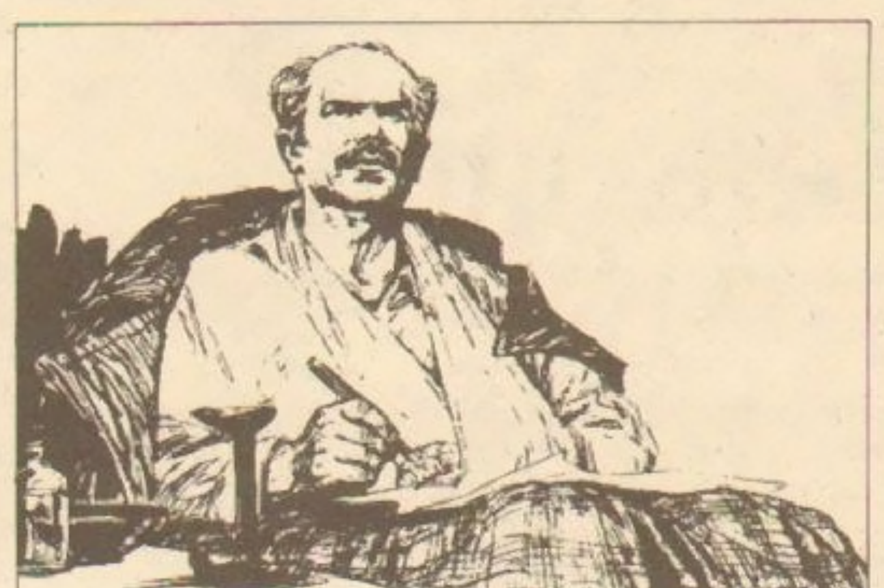
Als die Dorfbevölkerung davon erfuhr, daß Bethunes Krankheitszustand schlimmer wurde, sammelte sie sich im Hofe und wartete auf Nachrichten über seinen Zustand. Es wurde dunkel, aber die Menschen wollten den Hof nicht verlassen.



Eine Truppe, die an dem Dorf vorbeimarschierte, hörte davon, daß Genosse Bethune dort schwer krank liege. Sie eilte ins Dorf, um Genossen Bethune zu besuchen. Die Kämpfer drängten sich vor das Fenster. Als sie den totkranken Genossen Bethune sahen, stiegen ihnen die Tränen in die Augen. Die Genossen faßten den Arzt bei der Hand und sagten: „Du mußt Doktor Bethune unbedingt heilen! Durch die Kämpfe unterstützen wir dich bei der Heilung. Die Nachrichten über unsere Siege im Kampf werden erfreuen..."



Die Arzte trafen alle notwendigen Maßnahmen, aber der Krankheitszustand verbesserte sich nicht. Die Ärzte rieten die Amputation des Arms. Er schüttelte den Kopf und sagte: „Bemüht euch nicht weiter! Ich vertraue auf euch... Jetzt geht die Frage nicht einfach um einen Arm. Mein Blut ist schon vergiftet. Ich habe Sepsis. Es gibt keine Möglichkeit zur Rettung."



In der Nacht des 11. November richtete sich Genosse Bethune im Bett mit schwerer Mühe auf und schrieb der Leitung des Militärbezirkes einen Brief. Im Brief ließ er der KP Kanadas und dem amerikanischen Volk übermitteln: „Ich bin sehr zufrieden und glücklich. Es war mein einziger Wunsch, noch mehr Beiträge leisten zu können. Die letzten zwei Jahre sind die glücklichsten und bedeutendsten Jahre in meinem Leben..."



In der Nacht sah Genosse Bethune auf die an seinem Bett sitzenden Genossen und sagte sehr aufgeregt: „Übermittelt dem Vorsitzenden Mao und der KPCh meinen herzlichsten Dank für meine Erziehung. Ich bin davon überzeugt, daß das chinesische Volk letzten Endes die Befreiung erringen wird. Leider kann ich nicht die Geburt des neuen China sehen."



Genosse Bethune ergriff die Hand eines Arztes und sagte in abgerissenen Worten: „Ihr müßt eine Sanitätstruppe bilden und an die Front zur Rettung der Verwundeten schick..." Der Arzt sagte ihm unter Tränen, daß alles schon organisiert worden sei, und daß er sich ausruhen müsse.

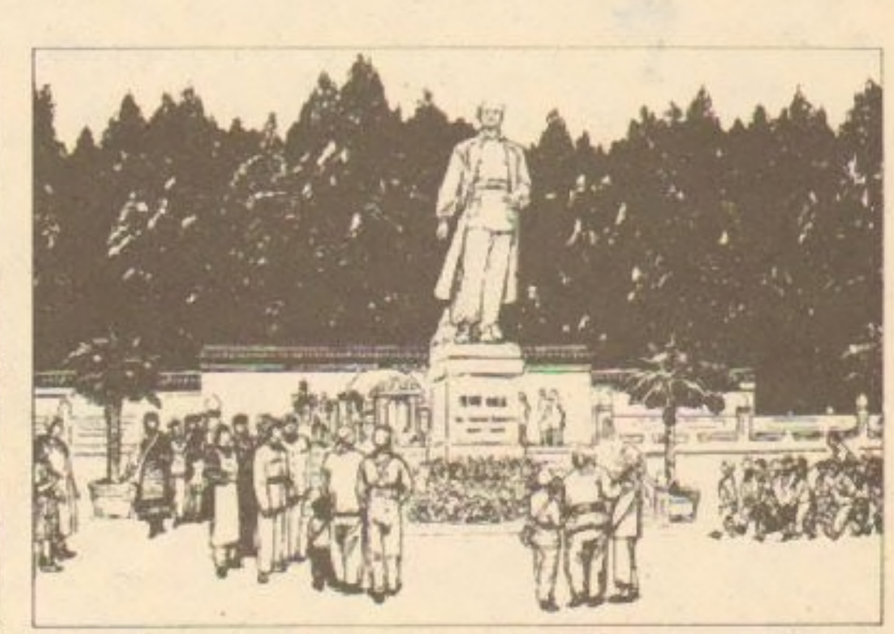


Genosse Bethune hob den Kopf und brachte seine letzten Worte festentschlossen heraus: „Strengt euch an! Schafft neues Werk auf dem großen Weg vorwärts!"



Am frühen Morgen des 12. November 1939 opferte der große internationalistische Kämpfer, Genosse Norman Bethune, für die Sache der Befreiung des chinesischen Volks sein wertvolles Leben. Als die Nachricht an die Front überbracht wurde, riefen die Kämpfer: „Rache für Doktor Bethune!" und stürzten sich auf die feindlichen Stellungen.

Zum Andenken an den Genossen Bethune verfaßte der große Führer des chinesischen Volkes, der Vorsitzende Mao, am 21. Dezember 1939 die glanzvolle Schrift —



„Dem Gedenken Bethunes" und rief das chinesische Volk auf, von Genossen Bethune zu lernen. 1940 gab die Leitung des Militärbezirks in Schansi-Tschahar-Hopeh dem von Genossen Bethune gegründeten vorbildlichen Krankenhaus den Namen „Das internationale Norman-Bethune-Krankenhaus". Im Frühling 1952 wurden die sterblichen Überreste des Genossen Bethune auf dem Friedhof der Märtyrer in Nordchina bei der Stadt Schidjiadschuang umbestattet. Der große internationalistische Kämpfer Genosse Bethune wird immer in den Herzen des chinesischen Volkes leben.

16. April, 90. Geburtstag Ernst Thälmanns

Stimme und Faust der Nation

Am 16. April feiern wir den 90. Geburtstag von Ernst Thälmann, dem geliebten und unvergessenen Führer der KPD und der deutschen Arbeiterklasse. Ernst Thälmann gab sein Leben für die Befreiung der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes. Er lebte, kämpfte und starb so, wie er selbst die Kämpfer des Hamburger Aufstandes von 1923, dessen Führer er war, beschrieb: „Mehr denn je muß in dieser Periode jeder deutsche Kommunist, jedes Parteimitglied, jedes Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, jeder revolutionäre Arbeiter stets und unverrückbar das Bild des Hamburger Oktoberkämpfers vor Augen haben: kaltblütig, todesverachtend, der Sache der Arbeiterklasse grenzenlos ergeben, das Gewehr in der Hand, vor sich die Barrikade, zum Empfang des Feindes bereit und den Blick auf ein einziges Ziel gerichtet, auf das größte, stolzeste Ziel, das es für einen Kommunisten gibt: die Diktatur des Proletariats.“

Elf Jahre lang, vom März 1933 bis zum August 1944, haben ihn die Faschisten eingekerkert. Die Gestaposchergen folterten und mißhandelten ihn, sie versuchten, ihn durch jahrelange Isolierhaft zu zerbrechen, aber sie konnten ihn nicht beugen. Einen Prozeß gegen Ernst Thälmann zu führen, haben die Faschisten nie gewagt. Sie wußten ganz genau, daß ihnen Ernst Thälmann in einem solchen Prozeß die Maske vom Gesicht reißen würde und den Gerichtssaal zu einem Tribunal gegen den Faschismus gemacht hätte. Am 18. August 1944 schließlich wurde Ernst Thälmann hinterrücks von einem faschistischen Mordkommando erschossen. Noch zu feige, sich zu dieser Mordtat zu bekennen, behaupteten die Hitlerfaschisten, Ernst Thälmann sei bei einem Bombenangriff der Alliierten ums Leben gekommen. So groß war ihre Angst vor Ernst Thälmann noch in seinem Tod, nach elfjähriger Kerkerhaft. Ernst Thälmann, „unser Teddy“, wie ihn Tausende liebevoll nannten, war Symbol des Widerstandes, des Kampfes gegen die faschistische Diktatur, die die deutschen Imperialisten über unser Volk errichtet hatten — *Stimme und Faust der Nation.*

Ernst Thälmann wurde am 16. April 1886 in Hamburg geboren. Nach der Schule arbeitet er als Transportarbeiter und Kohlentrimmer im Hamburger Hafen. Als Soldat an der Westfront kämpft Ernst Thälmann im 1. imperialistischen Weltkrieg unter dem Banner Lenins und Karl Liebknechts für die Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg, für den Sturz der deutschen Imperialisten durch die sozialistische Revolution.

Von der Front nach Hamburg zurückgekehrt, kämpft er in der Novemberrevolution in den ersten Reihen. 1920 führt Ernst Thälmann den revolutionären Teil der USPD in die KPD. In der revolutionären Situation des Jahres 1923 führt er die Partei und das Hamburger Proletariat zum bewaffneten Aufstand, der von den Revisionisten Brandler und Thalheimer im ZK der KPD schändlich verraten wird. 1925 wird Ernst Thälmann zum Vorsitzenden der KPD gewählt. Ernst Thälmann hat sich als Führer der KPD und der deutschen Arbeiterklasse unvergänglichen Ruhm erworben. Er war ein unversöhnlicher Gegner des Reformismus und des Revisionismus, des Verrats am Marxismus-Leninismus und der sozialistischen Revolution. Zugleich blieb er immer eng mit den breiten Massen der Werktätigen verbunden, deren Sorgen und Nöte er kannte, und die er wie kein Zweiter anzusprechen und für die Sache der Revolution und des Sozialismus zu begeistern vermochte.



1934 schrieb Erich Weinert in der Emigration das Thälmann-Lied für die Befreiung Ernst Thälmanns aus dem faschistischen Kerker:

Ernst Thälmann, der ging uns voran,
die Faust geballt zum Schlagen.
Kolonnen wuchsen Mann an Mann,
den Kampf voranzutragen.
Er ging voran, wo die Fahne braust.
Für den Kameraden Thälmann: Hoch die Faust!

So kannten Hunderttausende, ja Millionen von Arbeitern und Werktätigen den Vorsitzenden der KPD, ihren Teddy.

Das deutsche Proletariat ist doppelt unterdrückt

Der 1. imperialistische Weltkrieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Imperialisten. Um ihre Herrschaft vor dem Ansturm der Revolution zu retten, begingen die deutschen Imperialisten Hoch- und Landesverrat. Als die Revolution von 1918 von den Truppen des Sozialdemokraten Noske in Strömen von Blut erstickt wurde, als Ebert und Scheidemann den Meuchelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anstifteten, unterschrieb der sozialdemokratische Minister Hermann Müller zur gleichen Zeit im Auftrag der deutschen Imperialisten den Versailler Vertrag.

Die deutschen Imperialisten stimmten dem Raub einer Reihe von Provinzen durch die imperialistischen Konkurrenten zu. Sie stimmten der Auslieferung fast der gesamten Handelsflotte, einem Drittel der Kohlegruben, von drei Viertel des Eisenerzes an die imperialistischen Siegermächte zu. Sie verbürgten sich dafür, aus den Werktätigen Deutschlands Milliardensummen als Reparationszahlungen herauszupressen, um sie den amerikanischen Milliardären und den französischen und englischen Geldsäcken in den Rachen zu werden. „*Das deutsche Proletariat*“, erklärte Ernst Thälmann im Reichstag, „*ist doppelt unterdrückt: Es wird ausgebeutet von den besiegten Kapitalisten des eigenen Landes, und es ist zu gleicher Zeit der Sklave des Weltimperialismus.*“ **Es zeigte sich, daß die deutschen Imperialisten, die deutsche Monopolbourgeoisie, nicht mehr fähig waren, die Nation zu führen.** Sie verriet im Gegenteil die nationalen Interessen Deutschlands. Aber während sie die nationalen Interessen Deutschlands verriet, versuchte sie gleichzeitig, die nationale Unterdrückung für ihre Revanchegelüste, für ihr imperialistisches Großmachtstreben auszunutzen. Deswegen schürte sie eine Welle des bürgerlichen Nationalismus, des hemmungslosesten Chauvinismus und versuchte, das deutsche Volk gegen seine Nachbarvölker aufzuhetzen.

Die einzige Partei in Deutschland, die von Anfang an den Kampf auch gegen die nationale Unterdrückung des deutschen Volkes führte, war die KPD Ernst Thälmanns: Sie kämpfte gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch die französischen Imperialisten; gegen den versklavenden Versailler Vertrag ebenso wie dessen Nachfolger, den Dawes- und Youngplan. Die KPD kämpfte gegen den nationalen Verrat der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie ebenso wie gegen die nationalistische und chauvinistische Hetze der Faschisten. Es war gerade Ernst Thälmann, der in der KPD immer wieder die Bedeutung der nationalen Frage hervorhob und gegen ihre Unterschätzung durch die Kommunisten warnte. Was bedeutete die Politik des nationalen Verrates der Bourgeoisie für die Werktätigen? In seiner Rede gegen den Dawesplan sagte Ernst Thälmann: „*Es bedeutet Knebelung der deutschen Produktion, Massenarbeitslosigkeit, Massenelend, Lohnkürzung, Lebensmittelverteuerung, Arbeitszeitverlängerung.*“. Das Proletariat hungerte, während die Bourgeoisie prasste und im Luxus lebte.

Wo war der Ausweg?

Ernst Thälmann sagte: „*Es gibt keine Lücke in der Geschichte der Klassen und Nationen. Im gleichen Augenblick, in dem die Bourgeoisie aufhört, die nationale Unabhängigkeit zu verkörpern, tritt eine andere Macht auf die Bühne der deutschen Geschichte, die aus eigenem Klasseninteresse sich selbst zur Vertreterin der nationalen Unabhängigkeit proklamiert. Diese Macht ist die deutsche Arbeiterklasse. (...) Die nationale Unabhängigkeit, für die das deutsche Proletariat kämpft und deren Fahne wir Kommunisten erheben, ist eine andere als diejenige, die von ihnen* (den bürgerlichen Parteien — RM) *heute verraten und verkauft wird. Gerade weil die Kapitalisten und Junker das deutsche Volk verraten und verkaufen, kann das künftige unabhängige Deutschland nur ein sozialistisches, nur ein Arbeiterdeutschland sein.*“ Der Ausweg aus Not und Elend für die breiten werktätigen Massen des deutschen Volkes aus Lohnsklaverei und nationaler Unterdrückung konnte nur die sozialistische Revolution sein, der Kampf für ein „unabhäng'ges, sozialistisches Deutschland.“ In diesem Kampf spielte die nationale Frage eine große Rolle. Auf Initiative Ernst Thälmanns verabschiedete deshalb das Zentralkomitee der KPD am 28. April 1930 die von Ernst Thälmann selbst ausgearbeitete Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes.

Gerade dieses Programm und die darin verankerten revolutionären Prinzipien wagen heute die Verräter am Sozialismus und der Nation, die modernen Revisionisten vom Schlage eines Mies und eines Honecker nicht einmal mehr zu erwähnen. Schon der Verräter Ulbricht hatte die Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes wütend angegriffen. Er trat offen gegen die sozialistische Revolution auf und konstruierte aus dem Kampf für die nationale Befreiung eine eigene Etappe der Revolution. Die modernen Revisionisten in der DDR, an ihrer Spitze Ulbricht, errichteten in der ehemals sozialistischen DDR die Diktatur der neuen Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen und restaurierten den Kapitalismus. Sie verkauften einen ganzen Teil Deutschlands an die russischen Sozialimperialisten, so wie schon vorher nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg die deutschen Imperialisten Westdeutschland an die amerikanischen Imperialisten verkauft hatten. Und die westdeutschen „Brüder“ der Ulbricht und Honecker, die Reimann, Bachmann und Mies verrieten ebenfalls den Kampf für die sozialistische Revolution und redeten nur noch vom „friedlichen Weg zum Sozialismus“. Sie stellten den Kampf gegen den US-Imperialismus und den nationalen Verrat der deutschen Imperialisten ein und sind heute darüber hinaus zu Handlangern und Lakaien der Neuen Zaren im Kreml entartet. Sie und die revisionistischen Machthaber in Ostberlin behaupten frech, die deutsche Nation existiere nicht mehr. Mit einem Federstrich wollen sie die jahrhundertelange Geschichte der deutschen Nation auslöschen.

Jeder Satz Ernst Thälmanns, jeder Satz in der Programmerklärung für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes ist für diese Verräter ein Schlag ins Gesicht. Am 16. April werden sie in Hamburg, in Ostberlin und anderswo **ihre** Feiern abhalten. Sie werden Ernst Thälmann in den Himmel loben und sein Erbe für sich reklamieren. Sie werden so tun, als ob Ernst Thälmann einer der ihren gewesen sei, und sie werden zu diesem Zweck versuchen, ihn zu einem Pazifisten, „Friedensfreund“ und „bürgerlichen Demokraten“ zu machen. Aber wenn es so wäre, warum werden denn dann heute in der DDR die Schriften Ernst Thälmanns unterdrückt? Warum kann man sie nicht kaufen? Warum hat der Verräter Ulbricht die Herausgabe der Aufsätze und Reden Ernst Thälmanns schon nach dem ersten Band gestoppt? Weil Ernst Thälmann eben kein Pazifist, kein Revisionist war, sondern ein proletarischer Revolutionär, ein Schüler Lenins und Stalins, dessen ganzes Werk das genaue Gegenteil von dem war, was die revisionistischen Verräter predigen.

In der Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes erklärte Ernst Thälmann: „*Wir Kommunisten bringen den Werktätigen das Programm ihrer sozialen Befreiung vom Joch des Kapitals. Wir werden die Begeisterung der Massen zum Siege über die Bourgeoisie, zur sozialen und zugleich zur nationalen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes entfachen. Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Youngplans und der nationalen Unterdrückung zerschlagen. Nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse kann die nationale Frage Deutschlands lösen.*“

Das sollten sich zugleich diejenigen ins Stammbuch schreiben, die jetzt versuchen, den nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes der sozialistischen Revolution entgegenzustellen. Für Ernst Thälmann war die nationale Befreiung untrennbar mit der sozialistischen Revolution in Deutschland verbunden. Deutschland war ein imperialistisches Land, und deshalb heißt es in der Programmerklärung: „*Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt. Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedenvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen.*“

Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns!

Der Kampf Ernst Thälmanns und der KPD für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes ist auch heute aktuell. Unser Land, unsere Nation ist gespalten und zerstückelt. Die DDR steht unter der Knute der russischen Sozialimperialisten, während der Westen im Einflußbereich des USA-Imperialismus liegt. Die neue Bourgeoisie in der DDR hat die nationalen Interessen des deutschen Volkes ebenso verraten, wie die westdeutsche Monopolbourgeoisie.



Paris 1932: Ernst Thälmann spricht auf einer Versammlung der KPF.

Beide sind zugleich imperialistische Bourgeoisien, deren Herrschaft nur durch die proletarische Revolution und die Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats zerbrochen werden kann. Auch heute sind die nationale und die soziale Befreiung unseres Volkes untrennbar miteinander verbunden, können die nationale Befreiung und die Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne der Arbeiterklasse und des Volkes nur durch die sozialistische Revolution gelöst werden. **Ein vereintes, unabhängiges Deutschland kann nur ein Deutschland der Diktatur des Proletariats, ein sozialistisches Deutschland sein.**

Die modernen Revisionisten haben das revolutionäre Erbe Ernst Thälmanns vollständig verraten und treten es mit Füßen. Heute kämpft unsere Partei in Ost und West im Geiste Ernst Thälmanns für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. „*Deutsch und kommunistisch*“, schrieb Ernst Thälmann im faschistischen Kerker, „*sind keine Gegensätze*“. Und er fuhr fort: „*Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehre, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation. Ich bin Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiter, und bin deshalb ihr revolutionäres Kind und später ihr revolutionärer Führer geworden. Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tatkraft, ja mein Ganzes, die Persönlichkeit, zum Besten der deutschen Zukunft, für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen.*“

VORWÄRTS IM GEISTE ERNST THÄLMANNS!
FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Aus aller Welt

USA

Aus Protest gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und die geplanten Entlassungen sind 6000 Arbeiter am 24. März bei Ford in den Streik getreten. In den Streik getreten sind auch die Werktätigen des Öffentlichen Dienstes in Las Vegas. Sie kämpfen für gesicherte Arbeitsplätze. Gegen die streikenden Arbeiter wurde Polizei eingesetzt, die 72 Arbeiter verhaftete.

PORTUGAL

In Lissabon fand Ende März der II. Kongreß der Demokratischen Volksunion UDP statt. 800 Delegierte berieten und verabschiedeten auf diesem großen Kongreß der Volkseinheit gegen Faschismus und Imperialismus ein neues Statut und Programm. An dem Kongreß, der den revolutionären Kampfgeist des portugiesischen Volkes zum Ausdruck brachte, nahmen neben den Delegierten 3000 Beobachter und Gäste teil.

ARABISCHE LÄNDER

Den Nachrichtenagenturen zufolge, beendete der Ministerrat der Arabischen Liga seine 65. Sitzung. In den auf dieser Sitzung gefaßten Beschlüssen wird die Entschlossenheit bekundet, den Kampf der afrikanischen Völker gegen die Rassistenregime Südafrikas zu unterstützen. Der Ministerrat verurteilte die rassistischen Regime Rhodesiens und Südafrikas scharf und bekundete die Entschlossenheit der arabischen Länder, diese Regime zu boykottieren. Auf der Sitzung wurde gleichzeitig die Unterstützung des gerechten Kampfes der Befreiungsbewegungen in Zimbabwe und Namibia sowie der neuesten Schritte Mosambiks bekundet, um die Versuche des Smith-Regimes zu zerschlagen, eine Aggression gegen dieses unabhängige afrikanische Land zu entfesseln.

SÜDKOREA

Die Nachrichtenagentur OTAK berichtet, daß der Sprecher der Revolutionspartei Südkoreas für die Wiedervereinigung des Vaterlandes in einer neuesten Erklärung die Pak Jung Hi-Clique entlarvt hat, die die breiten Volksmassen Südkoreas unterdrückt. In der Erklärung wird gefordert, daß die südkoreanische Clique die blutige Unterdrückung beendet, sämtliche politischen Gefangenen bedingungslos freiläßt, alle faschistischen Gesetze, darunter auch die Notstandsgesetze, aufhebt und die Macht niederlegt. In der Erklärung werden alle breiten Volksmassen des Landes dazu aufgefordert, gegen Faschismus und für Demokratie zu kämpfen, ihre Einheit zu festigen und noch mutiger an dem gerechten, patriotischen Kampf gegen die verräterische Pak Jung Hi-Clique teilzunehmen.

SOWJETUNION

In der sowjetischen kapitalistischen Landwirtschaft geht neben dem auffallenden Rückgang der Produktion von Getreide, Kartoffeln und anderem auch die Zuckerrübenproduktion weiter zurück. Dadurch macht sich dort ein Mangel an Zucker bemerkbar, und die Zuckerpreise klettern ständig in die Höhe. Wie die sowjetrevisionistische Presse selbst berichtet, war die Zuckerrübenproduktion im Jahre 1974 um 10% geringer als 1973. Im vergangenen Jahr war sie um 15% geringer als 1974. Insgesamt wurde im Laufe des Fünfjahresplanes 1971 bis 1975 eine um 30% geringere Menge Zuckerrüben als ursprünglich vorgesehen produziert. Angesichts solcher Mißerfolge hat die Breschnewsche Revisionistenclique begonnen, die Zuckereinfuhr zu erhöhen. Verschiedene Nachrichtenagenturen heben hervor, daß die sowjetrevisionistischen Spitzen unter den Bedingungen der starken Preiserhöhung für Zuckerruben auf dem Weltmarkt gezwungen sein werden, riesige Summen hinzulegen, wodurch das große Defizit, das jetzt schon in die Milliarden Dollar geht, noch mehr erhöht wird. Die schwere Last dieser Ausgaben wird auf den Rücken der breiten werktätigen Massen der Sowjetunion abgewälzt.

LIBANON

Dieser Tage sind der amerikanische Hubschrauberträger „Guadalcanal" und sechs amerikanische Amphibienfahrzeuge und Zerstörer vor der libanesischen Küste aufgekreuzt. Die Präsenz dieser Schiffe der 6. US-Flotte in der Nähe der Territorialgewässer des Libanon, wo eine explosive Lage herrscht, ist ein klarer Ausdruck der Kanonenbootpolitik des US-Imperialismus. Die zurückliegende Erfahrung hat gezeigt, daß die USA, sobald sie sehen, daß ihre hegemonistischen Interessen in diesem oder jenem Land der Welt gefährdet oder auch nur ein wenig angetastet werden, neben Intrigen und Komplotten auch zu Druck und Erpressung bis zur militärischen Invasion schreiten. Guatemala, die Dominikanische Republik und jüngst Angola sind Zeugen dieser Wahrheit. Die im Mittelmeer konzentrierte 6. US-Flotte hat also nicht nur das Ziel, Druck und Erpressung auf die Völker dieses Raumes auszuüben, sondern sich auch bereitzuhalten, militärisch einzugreifen, falls es die räuberischen Interessen der Chefs des Weißen Hauses gebieten.



Rund 8000 Weinbauern in Carcasonne, in Frankreich, demonstrierten für die Freilassung eines Weinbauern, der von der Polizei verhaftet worden war. Über 150 Polizisten hatten sein Haus umstellt und ihn in einem Hubschrauber fortgeschafft, weil er auf einem Pressefoto über die Auseinandersetzungen zwischen den Weinbauern und der Polizei Anfang März zu sehen war. Bei dieser Auseinandersetzung war ein Polizist getötet und ein Weinbauer ermordet worden. Auch in anderen Städten Frankreichs kam es zu großen Demonstrationen gegen diesen Akt politischer Unterdrückung.

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Italien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS, UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)

Portugal



Spanien





Türkei

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (Gewiso) bezogen werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

Anfragen über Erscheinungsweise und Bezugspreise sowie Bestellungen bitten wir zu richten an:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 1649
PSchKto Hmb Nr. 1935 72-207.

Millionen demonstrieren für die Festigung der Diktatur des Proletariats

Fortsetzung von Seite 1

und Kunst — mit der Stoßrichtung gegen die Verbindung der wissenschaftlichen Forschung mit der Produktionspraxis, gegen die wissenschaftliche Forschung gestützt auf die breiten Massen der Arbeiter und Bauern, gegen die Revolution in Literatur und Kunst und gegen die Musterstükke der revolutionären Bühnenkunst.

Anfang November 1975 trat die Tjinghua-Universität als erste zum Gegenangriff an. In Form der freien Äußerung von Ansichten, offener Aussprachen, großer Debatten und von Dazibaos entlarvten die breiten Massen der Lehrer, der Studenten und der anderen Universitätsangehörigen aufgrund von Tatsachen und mit klaren Argumenten schonungslos die trügerischen Redensarten der den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber innerhalb der Partei, kritisierten sie diese aufs schärfste. Gleich darauf eröffneten die Peking-Universität und andere Institutionen von Bildungswesen, Wissenschaft und Technik ebenfalls ein heftiges Feuer auf diese absurden Behauptungen. Dieser Gegenangriff entspricht völlig dem Willen der Volksmassen, wird von den Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten des Landes tatkräftig unterstützt und mit großer Freude begrüßt.

Mit der Vertiefung des Kampfes wurden viele Probleme aufgedeckt. Es zeigte sich, daß die absurden Behauptungen, die im Bereich des Bildungswesens und von Wissenschaft und Technik aufgetaucht waren, nicht isoliert existierten, sondern mit in anderen Bereichen der Gesellschaft hervorgetretenen negativen Erscheinungen korrespondierten und diesen ähnlich waren. Das ist ein Beweis für die Existenz einer revisionistischen Linie, die an allen Fronten gegen die proletarische revolutionäre Linie losgeschlagen hat, von der sich China beim siegreichen Vormarsch auf dem sozialistischen Weg leiten läßt. Das Programm dieser revisionistischen Linie ist nichts anderes als „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten".

Dieses reaktionäre Programm ist im vergangenen Sommer erstellt worden. Im Kampf gegen die rote Fahne „rote Fahnen" schwenkend, entstellte der besserungsunwillige, den kapitalistischen Weg gehende Machthaber innerhalb der Partei mit eklektizistischen Taschenspielertricks vorsätzlich die Weisungen des Vorsitzenden Mao, setzte die Weisung über das Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats zur Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus mit den Weisungen über Stabilität und Einheit und über das Voranbringen der Volkswirtschaft gleich und bezeichnete alle drei als „das Hauptkettenglied für jede Arbeit". Dieser Trick, das Hauptsächliche mit dem Nebensächlichen zu vermischen und das Nebensächliche an die erste Stelle zu setzen, ist ein Versuch, die grundlegende Linie der Partei und die vom Vorsitzenden Mao oft wiederholte Lehre, daß der Klassenkampf das Hauptkettenglied für alle Arbeit in der sozialistischen Periode ist, zu verwerfen.

Vor kurzem betonte der Vorsitzende Mao: **„Was soll das „die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten'! Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben; der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt von ihm ab."**

Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß es in der ganzen Geschichtsperiode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus weiterhin Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf gibt; in der Klassengesellschaft ist immer der Klassenkampf die treibende Kraft für die Entwicklung der Gesellschaft — das ist ein vom Willen der Menschen unabhängiges historisches Gesetz. Der Vorsitzende Mao tritt konsequent dafür ein, in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau stets den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anzupacken, und lehrt die ganze Partei und das Volk des ganzen Landes: **„Niemals die Existenz von Klassen und den Klassenkampf vergessen!"** In den 26 Jahren seit der Gründung des Neuen China hat er mehrere Male das Volk des ganzen Landes zum Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie mobilisiert und zum Sieg geführt. Vor zehn Jahren begann die Große Proletarische Kulturrevolution, ein großer Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Die revolutionären Massen haben viele Tatsachen aufgezeigt, die beweisen, daß der von jenem besserungsunwilligen, den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber innerhalb der Partei aufgetischte Unsinn „die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" nichts anderes bedeutet als hartnäckiger Widerstand gegen die Weisungen des Vorsitzenden Mao.

Die Machthaber innerhalb der Partei auf dem kapitalistischen Weg erwähnten das Studium der Theorie und den Kampf zur Abwehr und Verhütung des Revisionismus nur als Tarnung. Sie selbst lesen weder Bücher, noch verstehen sie den Marxismus-Leninismus, und sie gehen gegen das Studium der revolutionären Theorie durch die Volksmassen an. Als sich die landesweite Massenbewegung zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats im vorigen Jahr in die Tiefe entwickelte, rührten sie einen „Orkan der fachlichen Arbeit" und einen „Orkan der Ökonomie" auf, in der vergeblichen Hoffnung, die Studienbewegung würde von diesen Stürmen verweht werden. Natürlich verloren sie kein Wort über die Tatsache, daß der Hauptwiderspruch im China der Gegenwart der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie ist und der Revisionismus die aktuelle Hauptgefahr; stattdessen predigten sie überall die Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes.

Unter dem Vorwand von Stabilität und Einheit versuchten sie, den Kampf des ganzen Volkes gegen ihre Aktivitäten der Wiederherstellung des Kapitalismus zu unterdrücken, und gingen gegen die revolutionären Massen und Kader vor. Unter verschiedenen Vorwänden drängten sie neue und alte Kader hinaus und attackierten sie, weil diese an der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao festhalten, während sie solche, die gegen die große Kulturrevolution auftreten, in wichtige Positionen hievten. Sie lehnten das vom Vorsitzenden Mao festgelegte Prinzip ab, wonach die führenden Organe der einzelnen Ebenen aus einer Dreierverbindung von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren bestehen müssen, sie unterdrückten die neuen Kräfte, säten Zwietracht zwischen der Partei und den Volksmassen und sabotierten Stabilität und Einheit.

Die Losung vom Voranbringen der Volkswirtschaft diente ihnen als Deckmantel für ihre Versuche, den Kapitalismus zu restaurieren. Unter diesem Mantel zauberten sie all die revisionistischen, von der großen Kulturrevolution zum alten Eisen geworfenen Ladenhüter wieder hervor, die Theorie vom „Primat der Produktivkräfte", „bei der Leitung der Unternehmungen sich auf die Fachleute stützen", „Materieller Anreiz", „Profit an die erste Stelle setzen" und die „Philosophie des Anbetens alles Ausländischen".

Die vielen von den revolutionären Massen enthüllten Tatsachen zeigen klar und deutlich: Die Leugnung des Klassenkampfes als des Hauptkettengliedes bedeutet im Wesen Ableugnung der Großen Proletarischen Kulturrevolution, Leugnung des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie, Aufhebung des von der Kulturrevolution über die revisionistische Linie gefällten Urteils und Restauration des Kapitalismus.

> ***„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen und die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln. Andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können."***
>
> **(Mao Tsetung, 1962).**

Der gegenwärtige Kampf gegen die revisionistische Linie in China ist eine Weiterführung und Vertiefung der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Er ist der unvermeidliche Ausdruck in der Partei des Klassenkampfes und des Kampfes der zwei Wege in der Gesellschaft. Die Machthaber in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen, vertreten die Interessen der gestürzten Klassen der Grundherren und der Kapitalisten sowie der neuen Bourgeoisie, deshalb lauern sie immer auf eine Gelegenheit für eine Kraftprobe mit den revolutionären Volksmassen und meinen fälschlicherweise, so den Kapitalismus in China wiederherstellen zu können. Doch natürlich schlägt die Partei, schlagen die Volksmassen des ganzen Landes zurück. Das chinesische Volk weiß aus seinen Erfahrungen in langwierigen Kämpfen, daß nur der Sozialismus Rettung für China bedeutet. Es will den Sozialismus und lehnt den Kapitalismus ab.

Seit seinem Beginn geht der gegenwärtige Kampf gegen die revisionistische Linie in einer organisierten Weise unter der Führung der Parteiorganisationen aller Ebenen vor sich. Er wird das Studium des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen durch die Volksmassen des ganzen Landes voranbringen, das Bewußtsein von Chinas 800 Millionen für die Weiterführung der Revolution unter den Bedingungen des Sozialismus heben, ihren Enthusiasmus für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau beflügeln, den politischen, ökonomischen und kulturellen Fortschritt beschleunigen, Stabilität und Einheit stärken und die Diktatur des Proletariats weiter festigen. Damit wird dieser Kampf dazu beitragen, daß China gemäß der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao weiter siegreich voranschreitet.

Eine ausgezeichnete Situation herrscht heute in China. Der Kampf entwickelt sich in die Tiefe.

(Aus Peking Rundschau Nr. 12/76)

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Kolumbien

Niemand kann dem Volk die Hände fesseln

Ungeachtet der Gewalt und des Terrors verstärkt das kolumbianische Volk seinen Widerstand gegen das reaktionäre Regime in Bogota. Auch die wildesten Unterdrückungsmaßnahmen des Regime-Chefs Michelsen vermochten nicht, den Befreiungskampf und die Revolte der werktätigen Massen Kolumbiens niederzuhalten.

Eine dieser Unterdrückungsmaßnahmen war die groß angelegte „Operation Säuberung", die vor einiger Zeit in den nordöstlichen Gebieten des Landes unter Einsatz von tausend Mann starken Truppen und Fahrzeugen durchgeführt wurde. An der Operation waren auch amerikanische Spezialisten beteiligt. Das ganze Unternehmen sollte die Befreiungsstreitkräfte und die Guerilleros in den Städten und Dörfern vernichten. **Die einheimische Oligarchie scheute auch nicht vor solchen verbrecherischen Akten zurück wie der Ermordung der Führer des kolumbianischen Volkes — im vergeblichen Bemühen, den Führungsstab des Befreiungskampfes zu zerschlagen. Nach der Ermordung des politischen Komissars der Volksbefreiungsarmee ermordete die Oligarchie auch ihren Kommandanten.**

Viele Male schon ging das Michelsen-Regime brutal gegen die werktätigen Massen, besonders gegen die Studenten vor, um ihre Bewegung zu unterdrücken. Vor einigen Tagen setzte es gegen die Demonstranten in Bogota erneut Schußwaffen ein. Vier Menschen wurden dabei getötet und einige hundert verwendet, abgesehen von den Verhaftungen, die in diesem Land gang und gäbe sind. Mit den gleichen barbarischen Methoden versuchen die Behörden in Bogota auch den Streikkampf der Arbeiter, ihre Stimme des Protests gegen die zunehmende Inflation und die steigenden Lebenshaltungskosten zu drosseln. Die Tatsachen zeigen jedoch, daß der Kampf des kolumbianischen Volkes weder durch Panzer noch durch Kugeln, weder durch Gefängnisse noch durch den Galgen niedergehalten werden kann. Die einheimische Oligarchie hat einige Einkreisungs- und Säuberungskampagnen gegen die Befreiungskräfte entfesselt, wie in den Jahren 1969, 1970 und 1971 in den ländlichen Gebieten im Norden und Nordosten von Antioquia, im Süden von Cordoba und Magdalena. Aber alle diese Operationen scheiterten mit Schimpf und Schande.

Auch bei der jüngsten Operation legte die Volksbefreiungsarmee, die auf einem 10000 Quadratkilometer großen Territorium in den Gebieten Sucre, Choco, Atlantico, Bolivar und Magdalena operiert, große Tapferkeit an den Tag. Ihre Kräfte, die von der Bauernschaft unterstützt werden, bereiteten den Regierungstruppen große Niederlagen.



Genosse Pedro Leon Arboleda, Politischer Sekretär der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten. Er fiel nach heldenhaftem Kampf gegen eine feindliche Übermacht am 28. Juli 1975 den Kugeln der kolumbianischen Reaktionäre zum Opfer.

Die von der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten geführte Volksbefreiungsarmee verstärkt einerseits ständig ihren bewaffneten Kampf und widmet andererseits den befreiten Gebieten große Aufmerksamkeit. Dort, wo die Partisanenkräfte operieren, wurden patriotische Junten geschaffen, die Keime der künftigen Volksmacht. Sie kümmern sich direkt darum, den Kampf mit Kräften und Mitteln zu unterstützen und erfüllen sozialökonomische und organisatorische Aufgaben. Die Bildung der patriotischen Junten hat die Mobilisierung des kolumbianischen Volkes und der breiten werktätigen Massen auf eine höhere Stufe gehoben. Die Volksmassen haben besonders auf dem Land konkret zum Kampf gegen die Großgrundbesitzer und die Agenten des machthabenden Regimes beigetragen.

Auch die Protestbewegung des kolumbianischen Volkes hat starke Ausmaße angenommen. Das Michelsen-Regime kann Dutzende und Hunderte Menschen töten und verhaften, aber es kann niemals einem ganzen Volk die Hände fesseln, einem Volk, das über eine große Erfahrung im Kampf und im Streben nach Freiheit verfügt. In Bogota kam es unlängst zu Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizeikräften. Die Studenten gingen mit Stöcken vor und bewarfen die Ordnungshüter mit Steinen, einige Polizeiwagen wurden in Brand gesteckt. Fast täglich finden in den kolumbianischen Städten Demonstrationen der Studenten und Arbeiter statt, die gegen die volksfeindliche Politik des Regimes protestieren.

Das kolumbianische Volk ist sich bewußt, daß sein Kampf lang dauern, schwierig sein und neue Opfer erfordern wird. Es ist jedoch fest davon überzeugt, daß es nur durch diesen Kampf seinen jahrhundertealten Traum von Freiheit und nationaler Unabhängigkeit verwirklichen kann. Seine eigene Erfahrung bestärkt es in dieser Überzeugung, und seine marxistisch-leninistische Partei erklärt: ***„Der langwierige Kampf des kolumbianischen Volkes ist eine objektive Notwendigkeit, ein lebenswichtiges und unvermeidliches Mittel, der einzige Weg, damit das Volk die Macht ergreift."***

Ostern 1916: Volksaufstand in Dublin

Nieder mit den britischen Besatzern!

Vor sechzig Jahren, an Ostern 1916, mitten im ersten imperialistischen Weltkrieg, erhob sich das irische Volk unter der Führung von James Conolly im Aufstand von Dublin und proklamierte die Unabhängige Republik Irland.

Der Aufstand wurde von den britischen Imperialisten blutig niedergeschlagen, sein Führer Conolly hingerichtet. Damals schrieb Lenin voll Begeisterung über die „Straßenkämpfe eines Teils der städtischen Kleinbürger und **eines Teils der Arbeiter**", und verdammte diejenigen, die den irischen Aufstand verächtlich als Putsch und die kämpfenden Patrioten als Putschisten bezeichneten.

Heute unterstützen die Marxisten-Leninisten und Revolutionäre auf der ganzen Welt den nationalen Befreiungskampf der nordirischen Patrioten gegen ihre britischen Unterdrücker und deren einheimische Lakaien, die faschistischen Elemente vom Schlage eines „Pfarrers" Ian Paisley und der konterrevolutionären Terrororganisationen. Heute sind es die modernen Revisionisten, die den bewaffneten Kampf der nordirischen Patrioten gegen die britischen imperialistischen Besatzer als „putschistisch" und „schädlich" verunglimpfen.



Ein Wagen der britischen Besatzer geht in Flammen auf.

In Wirklichkeit hat der bewaffnete Kampf der nordirischen Patrioten die breite Unterstützung und Sympathie der Werktätigen Nordirlands und darüberhinaus des ganzen irischen Volkes. Heute, sechzig Jahre nach dem Dubliner Osteraufstand, hat sich der nationale Befreiungskampf der nordirischen Patrioten immer mehr verstärkt und, obwohl die britischen Imperialisten erst unlängst ihre Truppen in Nordirland um eine Spezialeinheit zur Unterdrückung von Volksaufständen verstärkt haben, sind sie nirgendwo sicher. Um sich selbst zu schützen, errichteten die Besatzer deshalb vor kurzem um die ganze City von Belfast einen drei Meter hohen Sperrzaun, an dessen Eingängen sie jeden kontrollieren, der die Innenstadt von Belfast betreten will.

Aber die Bevölkerung der Städte hält die britischen Besatzertruppen in Atem. Sie gibt den Patrioten Unterschlupf und führt Demonstrationen gegen die Besatzung durch, wie unlängst in Belfast, Derry, Newry und anderen Städten. In den Armenvierteln werden sogar oft Barrikaden errichtet, um die britischen Streifen am Betreten der Viertel zu hindern. Allein in Belfast wurden sechs Demonstrationen veranstaltet, die in Zusammenstöße mit der Polizei mündeten.

Gleichzeitig verstärkten die Patrioten vor allem in Belfast und seinen Randbezirken die bewaffneten Aktionen. **Im Zentrum von Belfast wurde der Stab des britischen Besatzungskommandos angegriffen.** In den ersten drei Wochen im März griffen die Patrioten in Belfast dreimal britische Patrouillen an, zerstörten ein Militärgebäude und ein Zentrum der Reaktionäre und bestraften einige Agenten, die im Dienst der britischen Imperialisten standen.

Diese für die Besatzer ungünstige Situation hat unter ihnen Beunruhigung und Pessimismus hervorgerufen. Häufig weigern sich die britischen Soldaten, sich an Kontrolloperationen und Hausdurchsuchungen in den Armenvierteln zu beteiligen. Der britische Minister für Fragen Nordirlands sah sich gezwungen, die Situation als „unerträglich" zu bezeichnen, während das Kommando der Besatzungstruppen sie sogar „alarmierend" nennt. **Angesichts dieser Lage sind die Patrioten zuversichtlich. Trotz der Unterdrückungsmaßnahmen, der Gewalt und des Terrors der britischen imperialistischen Besatzer erklären sie ihre Entschlossenheit, den Kampf für die Befreiung ihrer Heimat bis zu Ende zu führen.**

Brasilien

Ein Jahr des Kampfes und des Widerstandes

In einem Artikel, den „A Classe Operaria", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Brasiliens, vor kurzem veröffentlichte, heißt es, daß 1975 für die brasilianische Wirtschaft ein Jahr der Verluste und Pleiten war. Das Land steckt in der tiefsten Krise seiner Geschichte. Die Zahlungsbilanz hat ein astronomisches Defizit. Die Schulden haben die Ziffer von 20 Milliarden Dollar erreicht. Der Index des Wirtschaftswachstums ist scharf nach unten gegangen, und die Inflation beträgt über 40%. All das hat das Leben der brasilianischen werktätigen Massen noch schwerer gemacht.

Das Jahr 1975 war deshalb auch ein Jahr der militanten Kämpfe und Aktionen der Arbeiter, Bauern und Studenten gegen die Unterdrückung und Ausbeutung. In Bahia und dann in Parana und Santa Caterina haben die zahlreichen Einkerkerungen, die das faschistische Regime vorgenommen hat, den Widerstand der Werktätigen hervorgerufen. Über 40000 Studenten organisierten in Sao Paulo einen Warnstreik, einen der größten seit 1968.

Die Bewegung gegen die faschistischen Gesetze ging in die Tiefe und dehnte sich noch mehr aus.

Mächtige Protestaktionen wurden gegen den allmählichen Ausverkauf der Wirtschaft des Landes an die ausländischen Imperialisten organisiert.

Der Kampf der Arbeiter in der Stadt und auf dem Land für ihre Lebensinteressen hat sich, ebenso wie der Kampf der Studenten, ständig verstärkt. Ende vergangenen Jahres streikten die Arbeiter der metallurgischen Fabrik „Matorazzo" in Sao Paulo. Auch die Arbeiter im städtischen Transportwesen von Salvador und in den Fabriken von Santa Andrea und Vale de Rio Doko traten in den Streik, obgleich Streiks nach den faschistischen Gesetzen verboten sind.

Die Studenten führen gerechte Kämpfe gegen die Erhöhung der Ausbildungssteuer, gegen den allgemeinen Mangel im Ausbildungswesen und gegen das ganze dekadente Erziehungssystem überhaupt. Einen Monat lang streikten 10000 Studenten, um gegen ungerechtfertigte Entlassungen ihrer Kommilitonen aus den Universitäten zu protestieren.

In vielen ländlichen Gebieten hat sich der Kampf der Bauern gegen die Landvertreibungen und den Terror der Polizei verstärkt. Besonders hervorgehoben werden muß dabei die Landbesetzung, die fünftausend Bauern in Eunapolis durchgeführt haben. Obwohl die Bauern mit brutaler Gewalt wieder von dem von ihnen besetzten Land vertrieben wurden, gaben sie doch nicht klein bei, sondern zeigten ihre Entschlossenheit, den Kampf fortzusetzen.

Für 1976 sind die Aussichten, was die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Lebensverhältnisse der werktätigen Massen angeht, düster, schreibt „A Classe Operaria" abschließend. Die Krise vertieft sich. Die Lebenshaltungskosten steigen. Die sozialen Probleme wachsen und die Finanzlage verschlechtert sich. Dies ist das Ergebnis der antinationalen, volksfeindlichen Politik des herrschenden Regimes.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	43,3 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	43,3 m entspricht	6,92 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Samdech Sihanouk zurückgetreten

Am 2. April, kurz nach den Wahlen zum Volkskongreß, bat Samdech Norodom Sihanouk, bisher Staatschef des Demokratischen Kambodscha, um seinen Rücktritt. Prinz Sihanouk, der seit Beginn des fünfjährigen Volkskrieges an der Spitze des Freiheitskampfes des kambodschanischen Volkes stand, erklärte:

„Am 20. März 1976 hatte das Volk von Kambodscha das große Glück und den großen Stolz, allgemeine und demokratische Wahlen durchführen zu können für diejenigen Vertreter, die den Sitz in der Volksversammlung von Kambodscha einnehmen sollen. Diese souveräne Versammlung, deren Mitglieder vom Volk gewählt wurden aufgrund ihres Patriotismus und ihres wichtigen Beitrags zum endgültigen Sieg im Kampf um die nationale Befreiung und die Revolution in Kambodscha, geht ihrerseits an die Wahl der Patrioten, die die Regierung des Demokratischen Kambodscha einerseits und das Staatspräsidium des Demokratischen Kambodscha andererseits bilden sollen (...) Seit 1941 stehe ich an der Spitze des Staates von Kambodscha und vollende somit das 35. Jahr in seinem Dienst. Zwischen dem 18. März 1970 (dem Tag des antinationalen Staatsstreiches von Lon Nol) und dem 17. April 1975 (dem historischen Tag des vollständigen und endgültigen Sieges des Volkes und der Revolutionären Armee von Kambodscha über den US-Imperialismus und seine Lakaien) übergoß mich die Verräterbande mit Beleidigungen und zog mich durch den Schmutz ihrer Verleumdungen und Demütigungen. Ich werde dem Volk von Kambodscha, seinen Helden und Heldinnen und seiner revolutionären Organisation ewig in Dankbarkeit verbunden bleiben, das mich von all diesem Schmutz reingewaschen und vor den Augen der Geschichte vollständig rehabilitiert hat. Mit diesen Gefühlen (...) bitte ich Sie darum, die Güte zu haben, meinen Rücktritt entgegenzunehmen, um den ich bitte mit der Versicherung, daß ich immer und unter allen Umständen ein leidenschaftlicher Diener des Volkes von Kambodscha, seiner Revolution, der Volksversammlung, der Regierung, des Staatspräsidiums, der Revolutionären Organisation und der Revolutionären Armee des Demokratischen Kambodscha bleiben werde."

Die Regierung nahm den Rücktritt des Prinzen Samdech Norodom Sihanouk an und würdigte seine Verdienste mit folgender Erklärung:

„Am 2. April 1976 erhielt der Ministerrat Kenntnis von der Erklärung des Staatschefs Samdech Norodom Sihanouk vom 2. April 1976, in der er um seinen Rücktritt bittet. Daraufhin versammelte sich der Ministerrat am 4. April unter Vorsitz von Premierminister Samdech Penn Nouth, um diese Frage eingehend zu besprechen.

Der Ministerrat schätzt Samdech Norodom Sihanouk als einen sehr patriotischen Prinzen, der aktiv teilgenommen hat am nationalen Befreiungskampf gegen den äußerst barbarischen Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten und ihrer Lakaien. Die Resolution des Außerordentlichen Nationalkongresses vom 27. April 1975 hat in ihrem dritten Abschnitt die Verdienste klar hervorgehoben und Samdech Norodom Sihanouk feierlich in seiner Funktion als Staatschef in der neuen historischen Etappe von Kambodscha und der neuen Gesellschaft von Kambodscha bestätigt. Mittlerweile hat Samdech Norodom Sihanouk den Wunsch ausgedrückt, zurückzutreten und sich nach 35 Jahren politischer Aktivität seinem Familienleben widmen zu dürfen. Der Ministerrat drückt sein Bedauern über das Rücktrittsgesuch von Samdech Norodom Sihanouk aus, aber seinen hohen Wunsch respektierend, hat der Ministerrat entschieden, das Rücktrittsgesuch anzunehmen. Gleichzeitig hat der Ministerrat entschieden, der Volksversammlung Folgendes vorzuschlagen:

1. In Anerkennung der Verdienste, die Samdech Norodom Sihanouk der Nation von Kambodscha erwiesen hat, der aktiv beitrug zur nationalen Befreiung während des fünfjährigen, äußerst barbarischen Aggressionskrieges durch die amerikanischen Imperialisten und die Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, Cheng Heng, In Tam, Long Boret, Sostene Fernandez während der letzten fünf Jahre, schlägt der Ministerrat einstimmig vor, Samdech Norodom Sihanouk den Titel „Große Patriotische Persönlichkeit" zu verleihen. Gleichzeitig schlägt der Ministerrat vor, ein Denkmal zur Würdigung der Verdienste Samdech Norodom Sihanouks zu errichten.

2. Die Regierung des Demokratischen Kambodscha garantiert Samdech und seiner Familie eine Existenz, die seiner Stellung als ehemaligem Staatschef und ehemaligem Vorsitzenden der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha angemessen ist. Gleichzeitig schlägt die Regierung des Demokratischen Kambodscha vor, Samdech eine Pension von vierteljährlich 2000 Dollar, das sind 8000 Dollar pro Jahr, auszusetzen.

Die Regierung legt diese Vorschläge der Volksversammlung von Kambodscha zur Prüfung und Zustimmung vor.

Phnom Penh, 4. April 1976
Regierung des
Demokratischen Kambodscha

Festveranstaltung der KPD/ML in Hamburg

1. Jahrestag der Befreiung Kambodschas

Voller revolutionärer Begeisterung feierten über 800 Freunde und Genossen am 10. April auf der Festveranstaltung der KPD/ML den ersten Jahrestag der Befreiung Kambodschas.

Schon vor dem Beginn der Veranstaltung hatte sich der Spielmannszug der KPD/ML vor dem Saal aufgestellt und spielte revolutionäre Märsche und Lieder. Die Veranstaltung selbst begann mit der Rede eines Genossen der Partei, in der er die hervorragende Bedeutung des mutigen Kampfes und Sieges des kambodschanischen Volkes in der Volksrevolution hervorhob. **Anschliessend sprach Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei. In seiner Rede, die immer wieder von Beifall und revolutionären Parolen unterbrochen wurde, prangerte er die westdeutschen Imperialisten an, die dem Vertreter des Demokratischen Kambodscha die Einreise in die Bundesrepublik und die Teilnahme an der Veranstaltung verweigert hatten.**

In der Pause wurden für den Aufbau des befreiten Kambodscha ungefähr 1 300 DM gesammelt.

Auch der Film „Heldenhaftes Volk", der in den Tagen der Eroberung Phnom Penhs durch die Volksstreitkräfte gedreht wurde, wurde immer wieder durch begeisterten Beifall unterbrochen.

Die Festveranstaltung endete mit dem Gesang der Internationale.



Im April 1975: Phnom Penh ist befreit! Kämpfer der revolutionären Armee Kambodschas halten Wache auf dem eroberten Flughafen des befreiten Phnom Penh.

Liebe Freunde und Genossen!
Leider ist es uns nicht möglich, die Grußadresse des Vertreters des Demokratischen Kambodscha, Herrn Chau Teary, in dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN abzudrucken. Obwohl rechtzeitig in Paris abgeschickt, traf sie doch erst nach Redaktionsschluß bei uns ein. Wir werden die Grußadresse in der nächsten Ausgabe des ROTEN MORGEN veröffentlichen.
Die Redaktion

Vertreter Kambodschas durfte nicht einreisen

Fortsetzung von Seite 1

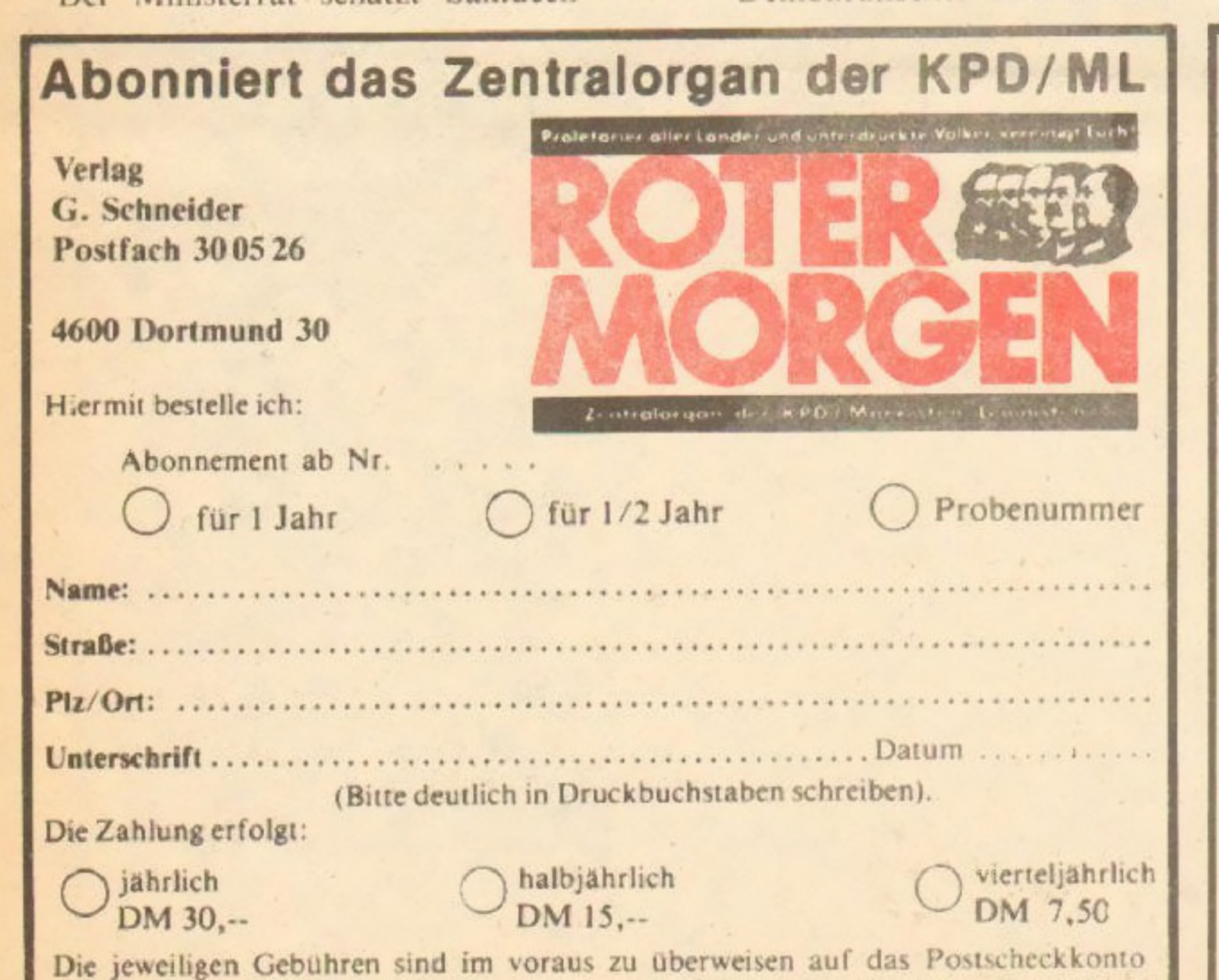
Gleichzeitig hat die Bundesregierung zwei anderen Vertretern der Diplomatischen Mission des Demokratischen Kambodscha, die zu einer Veranstaltung der Indochinahilfe nach Dortmund reisen wollten, ebenfalls die Einreise verweigert. Der Parteivorstand der KPD/ML stellt dazu in einer Presseerklärung fest: *„Die Einreiseverweigerung für einen Vertreter des Demokratischen Kambodscha stellt nicht nur einen schweren Bruch der internationalen Gepflogenheiten dar, sie ist zugleich ein unerhörter Affront gegenüber der rechtmäßig gewählten Regierung des Demokratischen Kambodscha und richtet sich gegen die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem kambodschanischen Volk. Die Haltung der Bundesregierung ruft den scharfen Protest aller fortschrittlichen, demokratischen und antiimperialistischen Kräfte und Organisationen in Westdeutschland hervor. Die KPD/ML wird in dieser Sache ein Protestschreiben an die Bundesregierung und an die UNO richten."*

Noch am Freitag wurde vom Landesverband NRW ein Flugblatt der Partei verteilt, um das Einreiseverbot der westdeutschen Imperialisten für den Vertreter des Demokratischen Kambodscha überall breit bekanntzumachen. Ebenfalls am Freitag hielten Genossen der Partei vor dem Auswärtigen Amt in Bonn, das das Einreiseverbot verfügt hat, zwei Protestkundgebungen ab. Protestkundgebungen fanden am selben Tag auch in der Bonner Innenstadt statt. Am Samstagvormittag wurde die Reihe der Kundgebungen in mehreren Städten fortgesetzt, darunter auch in Hamburg.

Die inoffizielle Begründung für das Einreiseverbot: Die Sicherheit der Bundesrepublik sei gefährdet. In Wirklichkeit zeigen die westdeutschen Imperialisten damit nur allzu deutlich ihre Feindschaft gegenüber den revolutionären Völkern, die sich erhoben haben, um die Unterjochung ihrer Nationen durch den Imperialismus abzuschütteln und ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Vor einem Jahr hat das kambodschanische Volk den Sieg im revolutionären Volkskrieg errungen. In nur fünf Jahren zerschlugen die Volksstreitkräfte die gewaltige Militärmaschinerie der amerikanischen Imperialisten und jagten sie, mitsamt ihrem Marionettenhäuptling Lon Nol, mit Schimpf und Schande aus dem Land. Der 17. April, der Tag der Befreiung Kambodschas, der Tag der Eroberung Phnom Penhs durch die Volksstreitkräfte, ist bereits in die Geschichte eingegangen. Ein neues Kambodscha ist entstanden. Die Imperialisten in Ost und West hassen das neue Kambodscha. Aber die Völker bringen dem tapferen kambodschanischen Volk ihre Sympathie entgegen und bezeugen ihm ihre Hochachtung. Die unverschämte Provokation der westdeutschen Imperialisten gegenüber dem Vertreter dieses Volkes wird die wachsende Freundschaft zwischen dem deutschen und dem kambodschanischen Volk nicht beeinträchtigen können.

ES LEBE DAS DEMOKRATISCHE KAMBODSCHA!
ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN UND DEM KAMBODSCHANISCHEN VOLK!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML



Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ...
Straße: ...
Plz/Ort: ...
Unterschrift ... Datum ...
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

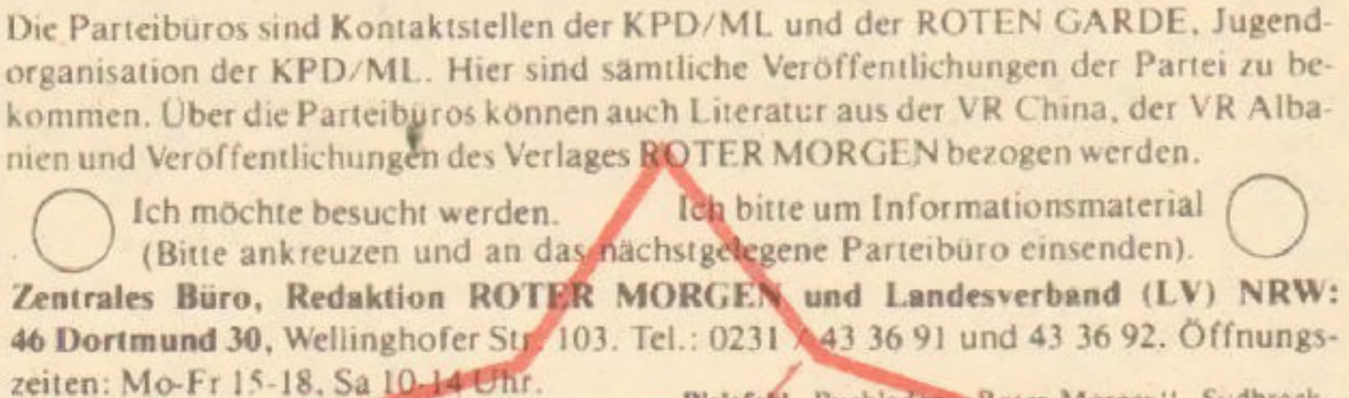
○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).



Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9 - 13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

— ANZEIGE —

ROTFRONT-VERLAG KIEL



Vierteljahresabonnement: 12,-- DM
Halbjahresabonnement: 24,-- DM
Bestellungen an:
ROTFRONT-VERLAG
POSTFACH 3746
23 KIEL 1